Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 270. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 13. Juni 1876.**

Deutschland.

Berlin, 12. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Consistorialrath, Professor Dr. Lange zu Bonn, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Pastor Wychgram zu Landschaftspolder, im Kreise Leer, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Gefreiten Wibbing im Infanterie-Regiment Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westfälischen) Nr. 15 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Maj. der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Freiherrn von Soden zum Consul des Deutschen Reiches in Canton ernannt.

Se. Majestät der König hat den Rechtsanwalt Tellemann zu Naumburg a. S. zum Landrath des Kreises Naumburg ernannt.

Der Gymnasial-Director Dr. Vogt ist vom Gymnasium zu Münstereifel an das Gymnasium in Essen berufen worden.

Berlin, 12. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten heute Vormittag den Vortrag des Geheimen Cabinets-Rathes von Wilmowski, nahmen die Meldung des General-Majors Marschall von Sulicki, Commandeurs der 27. Infanterie-Brigade, entgegen und empfingen den Gesandten am Hofe zu Madrid, Grafen von Hatzfeldt. (Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin**, 12. Juni. [Delbrück. — Friedliche Nachrichten. — Die Aufgebote.] Die Annahme, daß der Minister Delbrück demnächst die Verhandlungen wegen Erneuerung der Handelsverträge übernehmen werde, findet keine Bestätigung, da die wiederholte und bestimmt zu erkennen gegebene Absicht Delbrücks ist, sich zunächst von jeder amtlichen Thätigkeit zurückzuziehen. — Alle Nachrichten aus Ems, wie aus London und Wien sind geeignet, die beste Zuversicht auf Erhaltung des allgemeinen Friedens und namentlich auch auf die unerschütterte Kraft des Drei-Kaiser-Bündnisses völlig wiederherzustellen. Wenn übrigens die Hinausschiebung der Reise des Kaisers Wilhelm nach Ems von pessimistischen Stellen als eine Lockerung der Beziehungen dargestellt worden ist, so hätte doch im Gegentheil der Schluß nahe gelegen, daß, falls eine solche Besorgniß vorhanden gewesen wäre, die beiden kaiserlichen Freunde sich geradezu beeilt haben würden, sobald wie möglich wieder gemeinsam zu berathen. Es herrschte aber hier im ersten Augenblick die volle Zuversicht in Bezug auf das weitere Einverständniß ob, und in der Hinausschiebung der Reise erblickten wirklich eingeweihte Kreise eine Bestätigung der Annahme, daß eine dringende Nothwendigkeit unmittelbar persönlichen Benehmens nicht vorlag. Die diesseitige Zuversicht gründete sich übrigens nicht bloß auf die aus den jüngsten Besprechungen bekannten Intentionen des Kaisers Alexander, sondern ebenso sehr auf die feste Stelle Oesterreichs im Drei-Kaiser-Bunde, welche sich vom ersten Momente gegenüber allen Verlockungen zum Anschluß an eine neue westmächtliche Politik abweichend verhielt. Die Bedeutung des Drei-Kaiser-Bündnisses hat sich gerade in dieser Krisis wieder in hohem Maße bewährt. — Es ist Klage darüber geführt worden, daß Gemeindevorstände, namentlich auf dem platten Lande, in der Erledigung der an sie gerichteten Requisitionen wegen Bekanntmachung von Aufgeboten häufig säumig seien und insbesondere die Aufgebote nicht sofort nach Ablauf der gesetzlichen Publikationsfrist an die betreffenden Standesbeamten zurücksenden. Der Minister des Innern hat in Folge dessen veranlaßt, daß in den Amtsblättern auf die Unzuträglichkeiten, welche aus derartigen Verzögerungen entstehen, hingewiesen und den Gemeindevorständen die pünktliche Erledigung der in Rede stehenden Requisitionen zur Pflicht gemacht werde.

= **Berlin**, 12. Juni. [Die Moorcanäle im Hannoverschen. — Die Städteordnung in der Commission des Herrenhauses.] Bekanntlich widmet die preußische Regierung dem Ausbau der Moorcanäle in der Provinz Hannover eine besondere Fürsorge. Mit bedeutenden Geldmitteln, welche in den beiden letzten Jahren auf diese Bauten verwendet wurden, ist der Ausbau des Ems-Vechtecanals und des Canals Haren a. Ems Groningen so weit gefördert, daß die Eröffnung dieses Theiles des Canalnetzes vielleicht schon Ende des nächsten Jahres, sicher aber im Jahre 1878 erfolgen kann. Demgegenüber sind jetzt Schritte gethan worden, um den Anschluß dieser Canäle an das holländische Canalnetz der Provinzen Groningen, Drenthe und Overyssel sicher zu stellen, um durch diesen Anschluß die Ziele dieses großartigen Unternehmens ganz zu erreichen. Für die diesseitigen unermeßlichen Torflager bietet sich in den benachbarten holländischen Provinzen zu jeder Zeit reicher Absatz und darin liegt bereits ein bedeutender Erfolg für die Urbarmachung dieser weiten, öden und menschenleeren Flächen. Um eine Verständigung über diese Anschlüsse zu erreichen, hat vor Kurzem hier zwischen Commissarien der preußischen und der niederländischen Regierung eine Conferenz stattgefunden, bei welcher die diesseitige Regierung durch den Ministerial-Director Markard vom landwirthschaftlichen Ministerium und den Geh. Oberbaurath Gercke vom Handelsministerium vertreten war. Hierbei ist eine vollständige Uebereinstimmung erzielt worden, deren Vortheile für beide Seiten als gleich werthvoll anerkannt wurden. Die niederländische Regierung ließ mittheilen, daß die Provinzen Overyssel und Drenthe für den Fall einer Verständigung mit Preußen den Ausbau der Verbindungscanäle und zwar von vier Canalverbindungen bereits beschlossen hätten. Sämmtliche Canäle erhalten eine Spiegelbreite von etwa 10 Meter und eine Wassertiefe von über 2 Meter und werden dieselben eine unmittelbare fast geradlinige Schifffahrtsverbindung zwischen der Ems einerseits und dem Rhein, dem Zuider-See, Haarlingen und dem gesammten niederländischen Canalnetze andererseits vermitteln. Es soll Alles aufgeboten werden, um dieses großartige Culturproject, an welches sich so viele Hoffnungen knüpfen, rasch und glücklich durchzuführen. — Die Städteordnungs-Commission des Herrenhauses hat in ihrer gestrigen Sitzung, welche in Anwesenheit des Ministers des Innern bis gegen 5 Uhr Nachmittag währte, die Vorlage durchberathen und mündlichen Bericht durch den Oberbürgermeister Hasselbach an der Hand einer Zusammenstellung der bisherigen Festsetzungen beschlossen. Die Commission entfernt sich übrigens in sehr vielen Punkten von den Abgeordnetenhaus-Beschlüssen. Das Dreiklassen-Wahlsystem hat auch die Commission beibehalten. — Heute hat die Commission für das Competenzgesetz ihre Thätigkeit begonnen. Die Mitglieder waren nahezu vollzählig anwesend, als Referent fungirt der Unterstaatssecretär a. D. Sulzer, als Regierungs-Commissar war der Geh. Regierungs-Rath v. Brauchitsch anwesend. Man hofft bis Freitag die Vorlage durchzuberathen. Die Plenarsitzung an diesem Tage wird deshalb erst um 1 Uhr Mittags beginnen und die Tagesordnung u. A. die Einverleibung Lauenburgs, das Ansiedelungsgesetz und das Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst betreffen. — Als Regierungs-Vicepräsidenten sind ernannt: für Breslau an Stelle des Herrn v. Poninski Herr v. Junker, bisher in Düsseldorf und für Kassel an Stelle des Herrn v. Hardenberg der Ober-Regierungs-Rath v. Brauchitsch, bisher bei der Regierung in Potsdam.

Berlin, 12. Juni. [Die Stellung Englands. — Die Begegnung in Ems.] Ueber die diplomatische Situation, wie sie sich durch die neueren Verhandlungen gestaltet hat, wird uns von betheiligter Seite folgende Aufklärung gegeben: Man habe einige Zeit allerdings die Besorgniß gehegt, daß das Auftreten Englands ernsten Anlaß zu Verwickelungen mit Rußland geben könne, gelange jedoch immer mehr zu der Ueberzeugung, daß dem Vorgehen des britischen Cabinets jener theatralische Effect zu Grunde liege, welchen Disraeli nun einmal liebe. Es brauche nur daran erinnert zu werden, mit welchen Mitteln Disraeli seine Action in der Suezcanal-Angelegenheit aufgebauscht habe. Nach einigen Wochen sei bereits die Affaire im Sande verlaufen und man ist überzeugt, daß das Echauffement zwischen England und Rußland ebenso enden werde, wie das damalige zwischen England und Frankreich. Es werde in Kurzem das vollständigste Einvernehmen zwischen den beiden Mächten hergestellt sein, und Disraeli habe nur den Vortheil gewonnen, daß eine Anzahl englischer Blätter mit patriotischem Enthusiasmus erklärte, Old-England sei unter Disraeli doch etwas anderes, als unter Gladstone. Denn Disraeli hätte den Muth gehabt, wie einst Pitt, dem ganzen Europa die Spitze zu bieten, und er braucht nur Ernst zu zeigen, um Englands Willen überall zur Geltung zu bringen! Unser Gewährsmann meint jedoch, das Alles sei nur politischer Humbug, in Wirklichkeit würden die Dinge im Orient sich genau so entwickeln, wie die Drei-Kaisermächte es geplant haben . . . . . Soweit die Auffassung in jenen diplomatischen Kreisen, welche die Politik der Drei-Kaisermächte theilen. Ob sie richtig ist, wird die nächste Entwickelung der Dinge im Orient lehren. Indessen wird uns von gleichfalls eingeweihter Seite bemerkt, daß es fehlgreifen hieße, wenn man den jüngsten Erfolg Disraeli's als einen bloßen Theatercoup declariren würde. Thatsächlich habe das Gortschakoff'sche Memorandum und mit ihm die russische Politik durch die Ereignisse selbst eine eclatante diplomatische Niederlage erlitten. Allerdings wird jetzt von russischer Seite berichtet, daß Gortschakoff bis zur Erledigung der Anerkennungsfrage die Ueberreichung des Memorandums in Konstantinopel vertagt hat, nachdem die Türkei den Waffenstillstand annahm. Auch wird bemerkt, daß die Ostmächte die formelle Entscheidung der Pforte über die zu gewährenden Reformen abwarten wollen, um sich dann zu entscheiden, ob unter dem Vortritt Rußlands die Punktationen des Memorandums in Konstantinopel überreicht werden sollen. Ob indessen und wann diese guten Vorsätze Rußlands zum Durchbruch gelangen, müsse erst abgewartet werden. Vorläufig stehen die Dinge so, daß ein deutscher Staatsmann sich geäußert: ein Krieg zwischen Rußland und England sei zwar nicht wahrscheinlich, aber seine Möglichkeit bleibe unter gewissen Eventualitäten nicht ausgeschlossen. — Die bevorstehende Begegnung der beiden Kaiser in Ems erfolgt unter der Voraussetzung, daß sich die deutsche Politik in der orientalischen Frage nicht von jener Rußlands trennen wird. Alle entgegenstehenden Mittheilungen sind unrichtig, namentlich jene der französischen Journale, welche den Zusammentritt einer europäischen Conferenz als das wirksamste Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten empfehlen. Gerade von deutscher Seite wird bemerkt, daß eine europäische Conferenz den Krieg bedeuten würde. Die Uebereinstimmung Deutschlands und Rußlands macht es überflüssig, mit radicalen Mitteln vorzugehen. Sowie Fürst Bismarck auf der Berliner Conferenz die Anträge Gortschakoffs unterstützt hat, so wird er auch der zwar noch nicht diplomatisch betonten, aber von Rußland stets gehegten Absicht, betreffs der Bildung eines autonomen, bosnisch-herzegowinischen Staates, nicht engegenstehen. Es darf nicht vergessen werden, daß hier die Intervention des Nordbundes schon deshalb nicht außer Betracht gezogen wird, weil die Alttürken am Ruder sind, und nicht in sechs Wochen mit der Insurrection fertig werden können. Der Kernpunkt der Frage liegt darin, daß die Türkei kraft der Verträge weder Serbien noch Montenegro angreifen darf, und daß die Friedensversicherungen dieser beiden Staaten eben nur leere Worte sind. Diese haben sich bei jeder Gelegenheit wiederholt und sie werden gegenstandslos bleiben, so lange die von den Insurgenten verlangten und von den Mächten unterstützten Reformen nicht durchgeführt sind.

[Deutsche Eisenbahnzeitung.] In dem von der kaiserlichen Post aufgestellten „Nachtrag zur Zeitungspreisliste für 1876" ist die in Berlin erscheinende „Deutsche Eisenbahnzeitung" (Redacteur Joachim Gehlsen) unter den vom 1. Juli ab „zu löschenden Zeitungen" aufgeführt.

N.-L. C. [Agrarier und Ultramontane.] Die Agrarier haben eine recht trübe Erfahrung machen müssen. Seit ihrem Bestehen nährten sie eine besonders zärtliche Neigung für die Ultramontanen. Ihnen zu Liebe wollten sie sogar in das Programm der „Steuer- und Wirthschaftsreformer" einen besonderen Passus aufnehmen, in welchem die „Wiederherstellung des kirchlichen Friedens" gefordert werden sollte, einen Passus, der unter den obwaltenden Umständen eine nicht mißzuverstehende Verurtheilung der herrschenden Kirchenpolitik bedeutet haben würde. Man erzählt sich, daß es ein Wink von sehr einflußreicher Stelle war, welcher die Streichung dieses Passus bewirkte. Nichtsdestoweniger blieb jene zärtliche Neigung unverändert. Herr Wagener, der um jeden Preis, gleichviel mit welchen Bestandtheilen, eine imponirende Partei gegen die Liberalen ins Feld stellen möchte, gab den Agrariern sogar kürzlich den ziemlich unverblümten Rath, sich mit der Centrumspartei offen zu verbinden. Aber gerade dieses Hineinpfuschen des vielgeschäftigen Faiseurs scheint die Ultramontanen stutzig gemacht zu haben. Ein Organ derselben, die angesehene „Deutsche Reichszeitung", erläßt eine ernste Warnung. „Der eisenbeschlagene Schuh der Agrarier," sagt sie, „fängt an, auch im Rheinlande seinen schweren Tritt hören zu lassen. Aber der Ton klingt ganz bismarckisch und dürfte im Ohre des preußischen Volkes schwerlich verfangen. Wie aus einzelnen Orten gemeldet wird, haben daselbst in jüngster Zeit landwirthschaftliche Wahl-Versammlungen stattgefunden. Mit der Angabe, die landwirthschaftlichen Interessen bei der nächsten Wahl an erster Stelle im Auge zu behalten und für die Wahl tüchtiger Landwirthe zu sorgen, sucht man die Wahl von Männern durchzubringen, welche der geplanten Wagener'schen Zukunftspartei angehören. Solche Abgeordnete kann das katholische Volk gegenwärtig nicht brauchen. . . . Also Katholiken des Rheinlandes, thut die Augen auf! Leistet den Agrariern, wenn sie auch die schönsten und süßesten Worte im Munde führen, keinen Vorschub!" Das ist deutlich genug. Das Organ der Agrarier, die „Deutsche Landeszeitung", erklärt sich durch diesen Ton von ultramontaner Seite überrascht und fügt hinzu, sie hätte doch geglaubt, „daß die Klerikalen guten Grund genug hätten, mit der sonstigen Menge ihrer Gegner sich zu begnügen und sich nicht noch durch aggressives Vorgehen neue zu erwecken, die laut Erfahrung niemals im „Kulturkampf" sich etwas zu schulden haben kommen lassen." Die letzten Worte enthüllen den ganzen Schmerz, der sich der „Landeszeitung" ob des ultramontanen Undanks bemächtigt hat. Arme Agrarier! Auf der einen Seite zurückgewiesen, weil der Hinneigung zur klerikalen Opposition, auf der andern Seite, weil des Zusammengehens mit dem Fürsten Bismarck verdächtig — fürwahr, es wird ihnen herzlich sauer gemacht, die Welt mit ihrem goldenen Zeitalter zu beglücken.

[Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. Juni.] Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes der Berathung wird der folgende Bericht über die obige Versammlung gewiß überall von Interesse sein: Der Vorsteher Dr. Straßmann eröffnete, da zuvor in den Abtheilungen die Wahlen in den Ausschuß zur Vorberathung der Vorlage über die Anstellung von städtischen Schul-Inspectoren und in den Ausschuß zur Prüfung der Heizanlagen in den städtischen Schulanstalten stattgefunden hatten, die Sitzung um 5¾ Uhr. Zum Vortrage in der Versammlung kommen mehrere Petitionen u. A. eine die Verbreiterung des Mühlendammes betreffend; eine um Regulirung der Potsdamerstraße und Anlegung einer Pferdebahn, welche dem Magistrat zur Verfügung überwiesen wurde; eine des Lettevereins um Gewährung eines städtischen Zuschusses, welche abgelehnt wurde.

Darauf folgt die Berathung des Entwurfs einer Petition an das Herrenhaus, betreffend die Gesetzesvorlagen wegen Einführung einer neuen Städteordnung. Der Berichterstatter, Stadtv. Dr. Hermes, motivirte die vorgelegte Fassung und bat, die Petition auch dem Abgeordnetenhause zu überweisen. Stadtv. Dr. Virchow erklärte, er sei nach Empfang der stenographischen Berichte zweifelhaft gewesen, ob er in die Versammlung gehen könne, die sich zum Gerichtshof gegen die Fortschrittspartei aufgeworfen und eine Demonstration gegen das Abgeordnetenhaus beabsichtigt habe. Redner bedauerte, daß die Stadtv. Löwe und Gert mit ihren Vorwürfen und mit ihrer Entrüstung nicht gewartet, bis die stenographischen Berichte über die betreffenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in ihren Händen gewesen. Wenn er (Redner) heute das Wort ergreife, so wolle er die Stadtverordneten-Versammlung nur warnen, sich lächerlich zu machen. Unter „stürmischem Oho" ging, wie die „Volkszeitung" schreibt, Dr. Virchow nun speciell auf die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ein, nachweisend, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Hauptpunkte, auf die es ankomme, gar nicht getroffen und nur von Rückschritten gesprochen habe, während doch auch nach den Beschlüssen der dritten Lesung wesentliche Fortschritte in dem Gesetze enthalten seien. Die Versammlung citire, um ihre Ansicht zu begründen, einzelne Vordersätze aus den alten Städteordnungen und lasse die Nachsätze und die folgenden Paragraphen fort. Das dürfe man doch dem Abgeordnetenhause nicht zumuthen. In einem Punkte, in Bezug auf die Feststellung des Ertrages der Einkommensteuer, bedauere er allerdings die beschlossene Fassung; doch damit sei doch nicht das ganze Budgetrecht preisgegeben. Wenn man aber denke, das Gewünschte bei den Herren Oberbürgermeistern des Herrenhauses durchzusetzen, so irre man sehr. Es sei daher besser, diesen Schritt ganz zu unterlassen, oder aber doch die Fassung zu motiviren. Letztere lasse sich auch auf allerlei bedenkliche Interpretationen ein und sei jedenfalls zu ändern. Redner rieth an, zu überlegen, ob die Versammlung blos eine Demonstration gegen die liberale Partei machen oder etwas erreichen wolle. Im letzteren Falle sei die Petition anders zu adressiren und zu motiviren. Der Vorsteher bemerkte hierzu, der Redner habe zu Anfang seiner Rede einen scharfen Ausdruck gebraucht, scheine denselben aber im Laufe seiner Rede modificirt zu haben. — Stadtv. Dr. Weber versuchte den Nachweis zu führen, daß die Versammlung niemals das unbedingte Budgetrecht besessen; selbst die freisinnige schleswig-holsteinische Städteordnung spreche es bestimmt aus, daß Magistrat und Stadtverordnete gemeinsam den Etat festzusetzen hätten. — Es ist vom Stadtverordneten Krebs eine motivirte Tages-Ordnung beantragt, wonach die Versammlung von weiteren Schritten an das Abgeordneten- und Herrenhaus Abstand zu nehmen beschließen soll. Stadtv. Springer versuchte, die der Majorität gemachten Vorwürfe zu widerlegen und constatirte die Thatsache, daß bei einer Beschwerde eines Magistrats die Regierung definitiv entschieden habe, die Versammlung allein habe den Etat festzusetzen. Redner unterschied zwischen Beschlüssen und Festsetzungen und blieb dabei, die Versammlung allein habe den Etat festzusetzen. Gesetzlichen Verpflichtungen dürfe sie sich allerdings nicht entziehen. Möge daraus werden, was da wolle; man müsse es versuchen, beim Herrenhause etwas zu erreichen. Nach kurzer Debatte erklärte dann der Stadtv. Löwe, daß ihm in der vorigen Sitzung jeder Angriff auf einen Abgeordneten fern gelegen und daß er mit seiner Partei keine politische Demonstration beabsichtigt habe. Eine Agitation dagegen habe er beabsichtigt und er freue sich, daß man in Potsdam schon einen gleichen Klang angeschlagen habe. Redner ging nun auf die beiden Punkte der Petition ein und erklärte, wenn der Versammlung das Budgetrecht hätte bestritten werden können, so würde es schon längst geschehen sein. Denn die Conflicte zwischen Magistrat und Versammlung seien schwer genug gewesen; aber Männer aller Parteien hätten zusammen gestanden und das Budgetrecht vertheidigt. Halte man daran nicht fest, so werde man es schwer zu beklagen haben. Es sei besser, das ganze Gesetz fallen zu lassen, als das Budgetrecht aufzugeben; es sei nicht unmöglich, daß das Herrenhaus anderer Ansicht sei, als das Abgeordnetenhaus, und die Oberbürgermeister, wenn ihnen von hier ein memento zugerufen würde, könnten sich leicht besinnen und sagen: was Recht ist, muß Recht bleiben. Lächerlich mache sich Niemand, wer im Bewußtsein seiner Pflicht handle. Es wurde darauf der Schluß der Discussion angenommen. Der Berichterstatter Dr. Hermes begnügte sich mit einer kurzen Recapitulation der Discussion, worauf die Versammlung die motivirte Tagesordnung des Stadtv. Krebs mit großer Majorität ablehnte. Ebenso wurde der Antrag, die vorgelegte Petition auch an das Abgeordnetenhaus zu richten abgelehnt. Schließlich wurde der Petitionsentwurf in namentlicher Abstimmung mit 66 gegen 12 Stimmen angenommen, wobei der Stadtv. Dr. Virchow sich der Abstimmung enthielt. — Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung wurden vertagt bis auf eine Jubiläumsangelegenheit, die in geheimer Sitzung verhandelt wurde.

Münster, 11. Juni. [Oberbürgermeister Offenberg] hat unterm 6. eine Polizeiverordnung erlassen, welche „in Folge Auftrages der königlichen Regierung behufs Vorbeugung der aus Anlaß der Feier des auf den 16. d. Mts. fallenden 30jährigen Krönungstages Seiner Heiligkeit des Papstes zu besorgenden Ausschreitungen auf Grund des § 5 des Gesetzes vom 11. März 1850" also verordnet: § 1. Die Veranstaltung von Illuminationen jeglicher Art ist an diesem Tage verboten. § 2. Wer gegen vorstehendes Verbot verstößt, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 30 Mark oder verhältnißmäßige Haftstrafe.

Paderborn, 11. Juni. [Enthebung.] Die vier hiesigen Pfarrer sind, laut dem „Lib. Bot.", durch Verfügung der Regierung

zu Minden von den Functionen als Mitglieder bez. Vorsitzende des katholischen Schulvorstandes enthoben. Auch ist ihnen die Leitung des Religionsunterrichts in den Schulen entzogen. Wie verlautet, ist dem Kreis-Schulinspector Dr. Winter die Local-Schulinspection über sämmtliche katholische Schulen der Stadt übertragen. Der Anlaß zu der erwähnten Regierungsverfügung soll in der Zustimmung der genannten Pfarrer zu der bekannten Lippstädter Erklärung zu suchen sein.

München, 11. Juni. [Ausstellung.] Am nächsten Mittwoch wird als Stellvertreter des Königs der Prinz Luitpold mit großer Feierlichkeit die Eröffnung der großen Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellung im hiesigen Glaspalast vollziehen. Zu derselben haben in kaum jemals schon dagewesener Munificenz und Opferwilligkeit alle deutschen Fürsten und Oesterreichs Kaiser, dann Museen, Körperschaften und Privatpersonen ihre kostbarsten Schätze hierher entsendet. — Die Bedeutung dieser Ausstellung, welche in ihrer Eigenart vor Allem sich auszeichnet, was sonst unter diesem Namen pflegt verstanden zu werden, ist hinlänglich bekannt; daß aber die Stadt und das Land, welchen diese — man darf wohl sagen — culturhistorische That zu wagen und auszuführen vergönnt worden ist, die damit ihnen zu Theil gewordene Ehre begreifen, dafür ist die Form und die Würde Zeugniß, welche dem Eröffnungsacte von ihnen beigelegt wird. Das Programm der Feier begreift in sich alle officielle und irgend berechtigte private Betheiligung, welche dem Werthe der Sache und dem dazu gehörigen äußeren Glanze genügenden Ausdruck zu leihen geeignet ist. Die Stadt München wird es an aufrichtigem Danke für die Eigner kostbarer Schätze nicht fehlen lassen, welche diese ihr anvertraut haben, um ein, wenn auch nur kurzlebiges Museum herzustellen, wie es schwerlich jemals schon vorhanden gewesen ist.

Oesterreich.

Wien, 12. Juni. [Die Antwort der serbischen Regierung.] Der „Politischen Correspondenz" gehen aus Belgrad weitere Mittheilungen über die Antwort der serbischen Regierung auf die Anfrage der Pforte, betreffend die in Serbien vorgenommenen Rüstungen, zu. Durch dieselben wird bestätigt, daß die Antwort durchaus in versöhnlichem Geiste gehalten ist und den ernsten aufrichtigen Willen der serbischen Regierung, den Frieden nicht stören zu wollen, zum Ausdruck bringt. Die serbische Regierung habe eigentlich niemals an Rüstungen gedacht, sondern wolle nur ihre Militär-Organisation nach dem Principe der allgemeinen Wehrpflicht vollenden. Die in letzter Zeit erfolgten Offiziersernennungen entsprächen dem normalen Bedürfnisse. An Krieg oder Bedrohung der Integrität der Türkei habe die serbische Regierung um so weniger denken können, als die Erhaltung dieser Integrität gerade durch das hohe Interesse Serbiens begründet sei. Was die zeitweilige Besetzung der Grenzen anlange, so sei die serbische Regierung zu dieser Maßregel durch die außerordentlichen Verhältnisse in den Grenzprovinzen und namentlich durch die gewiß gegen den Willen der türkischen Localbehörden vorgekommenen Verletzungen des serbischen Territoriums genöthigt worden. Uebrigens liege der serbischen Regierung die Regelung einiger im Laufe der Zeit hervorgetretenen Schwierigkeiten am Herzen und werde sie zu diesem Zwecke einen Specialbevollmächtigten nach Konstantinopel entsenden. Die Antwort schließt mit der Versicherung, daß es der constante Wunsch der serbischen Regierung sei, mit der türkischen Regierung die besten Beziehungen zu unterhalten.

Schweiz.

Zürich, 10. Juni. [Aus National- und Ständerath. — Von der christkatholischen Nationalsynode.] Bei Eröffnung des Nationalraths sprach der Präsident Frei einen Doppelleitartikel, indem er sich namentlich in anerkennenswerther Weise über das Fabrikgesetz verbreitete.

„Daß mit Bezug auf die Verbesserung der Lage unserer industriellen Arbeiter etwas geschehen muß, darauf weist bereits die Bundesverfassung in ihrem Artikel 34 hin. Die Stimme unseres nationalen Gewissens ermahnt, es bald und in möglichst reichem Maße zu thun, und zwar nicht sowohl, weil die mit der Großindustrie verknüpften Uebelstände in unserem Lande so zahlreich und so unheilvoll wären, als dies anderwärts vielfach der Fall ist, sondern weil dieselben in einem republikanisch-demokratischen Staatswesen meines Erachtens weniger geduldet werden sollten, als in einem anderen; denn die Erfahrung lehrt uns, daß jene Uebelstände, wenn ihnen nicht rechtzeitig durch eine weise Staatsgesetzgebung gewehrt wird, dazu beitragen, die schon bestehende sociale Ungleichheit in bedrohlicher Weise zu verstärken und dadurch auch zugleich die politische Gleichheit, die Grundlage des demokratischen Staates, zu gefährden, während umgekehrt die Intervention des Staates, wenn sie durch die Grundsätze der Humanität und der allseitigen Billigkeit geleitet wird, die Harmonie der Interessen thunlichst wieder herstellt und die sittliche und physische Hebung des sogenannten Arbeiterstandes fördert, ohne daß die berechtigten Interessen der Industrie Schaden leiden. Ich bin der Ueberzeugung, daß zu den eigentlichen Lebens- und Berufsaufgaben der schweizerischen Nation auch eine praktische und menschenwürdige Lösung der socialen Frage gehört.

Die Lösung der socialen Frage ist für uns auch in einem höheren Grade Bedürfniß und Nothwendigkeit, als für die Staaten mit andern constitutionellen Grundlagen. Ein Staatswesen, dessen Bestand und Gedeihen, ja dessen stündliche Entwickelung auf der Gesammtheit seiner Bürger und nur auf ihr beruht, hat wohl vor allen andern die Mission, den Quellen des Elends nachzuforschen und sie zu schließen, damit der sittlichen und geistigen Hebung aller Bürger nichts mehr im Wege stehe. Zu den Forderungen der allgemeinen Menschlichkeit gesellt sich in der Republik ganz besonders noch die Forderung des Staates, dessen Selbsterhaltung und Wohlfahrt mit der Wohlfahrt aller seiner Angehörigen unlösbar verknüpft ist.

Auf dieser Bahn thun wir von Bundeswegen allerdings nur den ersten Schritt, indem wir zur Regelung der Arbeit in den Fabriken schreiten; wir brechen damit aber ein für alle Male mit dem Satze, der so lange Zeit die wirthschaftliche Gesetzgebung der Staaten beherrscht hat, mit dem Satze, welcher die absolute Nichteinmischung des Staates in die Angelegenheiten des allgemeinen Erwerbslebens als ein Postulat der Freiheit und der Wissenschaft bezeichnet. Zwar verkennen wir nicht, daß die Entfesselung der freien Concurrenz, welche die practische Folge dieses Satzes war, eine ganze Reihe der günstigsten, ja der großartigsten Erscheinungen nach sich zog. Wir gestehen gern, daß ohne dieses freie Walten des wirthschaftlichen Selbstinteresses der Einzelnen die mächtige Entwickelung der Industrie, der Technik und des Handels in einer verhältnißmäßig so kurzen Zeit nicht möglich gewesen wäre. Allein wir erblicken auf der andern Seite auch die Auswüchse jener schrankenlosen wirthschaftlichen Freiheit; wir sehen die ökonomischen Gegensätze sich mehr und mehr zuspitzen und schärfen, das Kleingewerbe verkümmern, die Masse derjenigen, welche leiden, immer größer werden, und wir können uns nicht verhehlen, daß wir heute schon uns eine Lage geschaffen haben, deren mannigfaltige Nachtheile Alle treffen, und zwar nicht nur in materieller Richtung, sondern in noch höherem Grade in sittlicher Beziehung. Ist es doch klar, daß ein wirthschaftliches System, welches als die letzte Triebfeder aller wirthschaftlichen Handlungen die Selbstsucht hinstellt, im Grunde nichts bedeutet als der Krieg Aller gegen Alle, und daß eine Umkehr nicht möglich ist, wenn nicht rechtzeitig noch auf wirthschaftlichem Gebiete wieder ethische Grundsätze zur Anwendung kommen. Es darf darum wohl ohne Bedenken als eine Thatsache bezeichnet werden, daß die in der Theilnahmslosigkeit des Staates erstarkte Selbstsucht der Einzelnen, welche sich in dem allgemeinen Actien- und Börsenschwindel und in der ungemessenen Speculationswuth unserer Tage gipfelt, wirthschaftliche Uebelstände geschaffen hat, deren Gewicht nicht nur auf einer einzelnen Klasse der Bevölkerung, sondern auf allen Klassen ohne Ausnahme lastet. Die sociale Frage unserer Zeit ist daher nicht sowohl die Frage eines einzelnen Standes, sondern die Frage Aller, an deren Lösung Alle betheiligt und zu deren Lösung Alle berufen sind — eine Aufgabe des Staates".

Der Nationalrath wählte zum Präsidenten den bisherigen Vicepräsidenten Aepli von St. Gallen, zum Vicepräsidenten nach vier Wahlgängen Berdez von Waadt (später, als dieser ablehnte, Marti von Bern). Am zweiten Tage stürzte der Rath sich sofort kopfüber in das Fabrikgesetz, über welches die Commission einen ausführlichen Bericht erstattet hat. Berichterstatter Künzli bemerkt u. A., die Commission sei bei ihrer Wanderung auf traurige Verhältnisse gestoßen, z. B. auf 12—13stündige Arbeit von Kindern unter 12 Jahren, auf Fabrikeinrichtungen der allermangelhaftesten Art, besonders in den Cantonen, welche noch gar keine Fabrikgesetze haben. (Ueber die Annahme der Artikel 1, 2, 3 des Gesetzes haben wir schon in Nr. 265 der „Bresl. Ztg." berichtet. D. R.) — Der Ständerath wählte zum Präsidenten den bisherigen Vicepräsidenten Nagel von Thurgau, zum Vicepräsidenten nach drei Wahlgängen Roth von Appenzell a. Rh. Das nicht genügend vorbereitete Wasserbau-Polizeigesetz wurde auf den Winter verschoben. Der Vertrag mit der Stadt Bern wegen Loskaufs ihrer Verpflichtungen für den Bundessitz durch Ueberlassung von Grund und Boden für das neue eidgenössische Verwaltungsgebäude im Werthe von ½ Millionen Fr. wurde genehmigt. Die Petition eines Waadtländers um Einführung einer eidgenössischen Tabaksteuer (der Mann jammert über den Verlust von Millionen durch das unglückliche Rauchen) wurde nach Verdienst den Bach hinabgeschickt. Endlich wurde beschlossen, die Berathung des Fabrikgesetzes, für welches die Commission keine Zeit mehr finde, bis zum Winter zu verschieben. — Habemus papam! Die christkatholische Nationalsynode, unter dem Vorsitz des Landammann Brosi, hat mit 117 Stimmen (es waren anwesend 158 Stimmberechtigte, darunter 54 Geistliche und 104 Laien) den Pfarrer Herzog in Bern zum Bischof erwählt (Pfarrer Schröter erhielt 34 Stimmen). Er erklärte zwar, er könne die Wahl nicht annehmen; nachdem aber Landammann Keller, Präsident des Synodalraths, und die Pfarrer Marchal und Schröter ihm eindringlich zugeredet, erbat er sich Bedenkzeit und hat schließlich sich zu dem neuen Amte verstanden. Die Synode hat ihn demnach feierlichst als Bischof verkündigt. Herzog war früher Professor in Luzern, wo er von den Ultramontanen zu leiden hatte, dann altkatholischer Pfarrer in Olten, jetzt in Bern. Belangreicher als die Bischofswahl ist, daß die von der Baseler Gemeinde eingegangenen Reformanträge auf Abschaffung des Cölibats, des Beichtzwanges ꝛc. von der Synode grundsätzlich angenommen wurden. Die christkatholische Kirche der Schweiz zählt gegenwärtig 55 Gemeinden und 17 Vereine, zusammen 72 Verbindungen mit 73,380 Seelen, also mehr als in Deutschland.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 11. Juni. [Parlamentarisches und Ministerielles. — Die Beerdigung George Sand's. — Orleanistisches.] Durch Disraeli's Erklärungen im Parlament ist die Besorgniß für den europäischen Frieden bedeutend gemildert worden, und in den hiesigen politischen Kreisen, die sich seit einiger Zeit fast nur mit der orientalischen Frage befaßten, beginnt man wieder den Vorgängen in Versailles größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Senat hat gestern sein Reglement beendigt; die Kammer ist mit dem ihrigen beinahe fertig geworden. Beide Versammlungen werden sich in der beginnenden Woche mit Gegenständen von höherem und allgemeinerem Interesse zu beschäftigen haben. Im Senat kommt das Unterrichtsgesetz an die Reihe, aber mehr noch als dieses macht die Wahl eines Nachfolgers für Ricard den Vätern des Landes zu schaffen. Hat Buffet eine Candidatur angenommen? Die Einen sagen ja, die Andern sagen nein. Auf jeden Fall beabsichtigt die monarchische Partei im Senat noch für den Ex-Vicepräsidenten zu stimmen, mit Ausnahme einiger gesinnungsfesten Royalisten, die von der früheren Nationalversammlung her Buffet nicht verzeihen können, daß er zur Einführung der Verfassung die Hand geboten. Die Absicht, welche ihn dabei leitete, hätte ihn längst rechtfertigen müssen, aber es giebt nun einmal unter diesen Royalisten eine Anzahl biederer Leute, die von den machiavellistischen Künsten der de Broglie'schen Schule nichts wissen wollen. Man hat behauptet, daß Mac Mahon persönlich die Wahl Buffet's gerne sähe; wenn dem so ist, so hat er nichts davon merken lassen, und im gestrigen Ministerrath ist die Candidatur entschieden getadelt worden. Da überdies die „Constitutionellen" im Senat keineswegs, wie man behauptete, den Freunden Buffet's versprochen haben, diesem ihre Stimmen zu geben, und da im Gegentheil dessen Nebenbuhler, der Generalprocurator Renouard von mehreren Constitutionellen offen als ein gemäßigter und conservativer Mann anempfohlen wird, so müßte es wunderlich zugehen, wenn Buffet diesmal im Senat den Platz fände, der ihm so oft verweigert worden. Auch über das Gemeindegesetz wurde gestern abermals im Conseil verhandelt und man versichert, daß die Minister mehr als je entschlossen sind, nicht die Cabinetsfrage zu stellen, obwohl mehr als vor acht Tagen noch, die Regierung glauben könnte, daß die gemäßigte Linke sich zu einigen Zugeständnissen bewegen lassen werde, wenn man ihr die Gefahr einer ministeriellen Krise vor Augen hielte. Es fehlt nicht an Deputirten in der Linken, welche der Meinung sind, daß Gambetta zu weit gehe, wenn er für alle Gemeinderäthe im Lande, mit alleiniger Ausnahme desjenigen von Paris, das Recht zur Wahl des Bürgermeisters verlangt, und zugleich bekämpft das Organ Jules Simon's, das „Siècle", dessen Meinung auch in der Kammer manche Vertreter hat, die Absicht der Republikaner, statt der von de Marcère beantragten theilweisen Erneuerung der Gemeinderäthe die vollständige Neuwahl von 3 zu 3 Jahren zu verlangen. In dieser Angelegenheit des Municipal-Gesetzes sind also noch Ueberraschungen möglich. — Aus den gestrigen Sitzungen der beiden Kammern ist noch Einiges zu erwähnen. Der Senat hat fast einstimmig die von der Kammer bereits votirten 125,000 Franken für die Absendung von Arbeitern und Schullehrern zur Ausstellung von Philadelphia bewilligt. In der Kammer beantragte Dréolle, ein Bonapartist bekanntlich, 25,000 Franken für die Errichtung einer Statue George Sand's anzuweisen. Unmittelbar darauf bestieg Lacretelle die Tribüne, um „im Namen der französischen Demokratie" 50,000 Franken für denselben Zweck zu verlangen. Es war klar, daß die beiden Redner bloß einen Parteizweck im Auge hatten; die Kammer nahm diese Reclame übel auf und versagte dem Einen wie dem Andern die geforderte Dringlichkeitserklärung. — George Sand ist gestern Mittag unter strömenden Regen im Kirchhofe von Nohant beigesetzt worden. Das Leichengefolge bestand zum größten Theil aus den Bauern der Umgegend. Von Paris waren unter Anderen Alex. Dumas, Renan, der Prinz Napoleon, Flambert, Meurice, A. Sylvestre, V. Borie herübergekommen. Meurice verlas einen Nachruf Victor Hugo's an die Verstorbene, worin G. Sand als die glänzende Vertreterin der Frauen des 19. Jahrhunderts in dem bekannten emphatischen Styl gefeiert wird. „Andere, sagt V. Hugo, sind große Männer; George Sand war die große Frau. . . . Sie war stark, ohne daß sie darum aufhörte, sanft zu sein. Sie hatte die Leier in sich; in dieser Epoche, wo Garibaldi Wunder that, hat sie Meisterwerke geschaffen." — Die „Débats" widmen heute der Rückkehr Ludwig Philipp's und seiner Angehörigen eine ernste Betrachtung über die Vergänglichkeit menschlicher Dinge. Sie loben die bescheidene Haltung der Prinzen von Orléans, die jede laute Kundgebung vermieden haben. „Als Diener Frankreichs unter der dreifarbigen Fahne und dem jetzigen Geschick ihres Vaterlandes mit patriotischer Hingebung sich anschließend, als mit Recht geehrte Nachkommen des ältesten Königsgeschlechtes der Welt und gelehrige Schüler des modernen Geistes verlangen die Söhne und Enkel Ludwig Philipp's an den Gräbern ihrer Vorfahren nur Rathschläge der Weisheit, Mäßigung und der Wohlthätigkeit.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 10. Juni. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] brachte der Marquis von Hartington die Haltung Englands in der Orientfrage zur Sprache. Er fragte zunächst den Premierminister, ob er im Hinblick darauf, daß das Berliner Memorandum der Pforte nicht überreicht werden solle, den Schluß dieses Capitels der Unterhandlungen nicht für eine günstige Gelegenheit erachte, irgend welche Schriftstücke auf den Tisch des Hauses niederzulegen, die das Parlament in Stand setzen würden, sich eine Meinung über das Verfahren zu bilden, das die Regierung seit Kurzem mit Bezug auf die orientalische Frage eingeschlagen habe. Ich vergesse nicht, fuhr der Chef der Opposition fort, daß der sehr ehrenwerthe Herr bei einer früheren Gelegenheit erklärte, der Stand der Angelegenheiten sei ein kritischer, und ich hege sicherlich keinen Wunsch, der Regierung irgend eine Erklärung abzudringen, die ihr in der gegenwärtigen Lage der Dinge irgend welche Verlegenheiten bereiten könnte. Aber zu gleicher Zeit scheint es mir, daß Ihrer Majestät Regierung Willens sein und daß ihr möglicher Weise daran liegen mag, dem Hause eine Gelegenheit zu gewähren, mit dem von ihr bisher eingeschlagenen Verfahren bekannt zu werden und ihm irgend eine Erklärung über ihre Politik sowie über den Stand unserer Beziehungen mit den anderen Mächten Europas in dieser Frage abzugeben. Ich glaube nicht, daß im Lande irgend welches Mißtrauen gegen die Politik Ihrer Majestät Regierung existirt, aber zu gleicher Zeit, denke ich, müssen wir fühlen, daß in einem Augenblick, wo Ihrer Majestät Regierung es für nothwendig befunden hat, eine sehr beträchtliche Demonstration der Flottenmacht dieses Landes zur Unterstützung der Politik der Regierung vorzunehmen, wie uns in einem Zustande der Ungewißheit nicht allein über das Vorgehen der Regierung, sondern auch über den hauptsächlichsten Endzweck und das Ziel der Politik, welches sie verfolgt hat, befinden. Herr Disraeli erwiderte: „Ich halte diese Anfrage des edlen Lords an Ihrer Majestät Regierung für ganz natürlich und für eine, welche mit seiner Pflicht als Führer der Opposition völlig verträglich ist. Ich kann ihm versichern, daß Ihrer Majestät Regierung keinen Wunsch hegt, irgend eine unnöthige Reserve dem Hause gegenüber zu beobachten, noch sind irgend welche von ihr sanctionirte Documente vorhanden, gegen deren Vorlegung sie Einwand erheben dürfte. Allein es giebt Interessen, die höher als die natürliche und berechtigte Neugierde des Parlaments, höher selbst, als die Gefühle des Ministeriums stehen, und wenn diese Interessen die Form der Aufrechterhaltung des Friedens — der Aufrechterhaltung eines ehrenvollen Friedens — annehmen, so bin ich sicher, das Haus werde die Regierung in dieser Angelegenheit nicht unnöthig drängen. (Beifall.) Zu gleicher Zeit bin ich völlig bereit, dem edlen Lord solche Aufschlüsse zu ertheilen, die in meiner Macht stehen. Es ist ganz richtig, daß ich das Haus, als ich es das letzte Mal in Betreff des Berliner Memorandums anredete, benachrichtigte, daß dieses Memorandum nicht überreicht worden sei, und ich drückte die Hoffnung aus, daß es nicht überreicht werden möge. Ich glaube, ich bin völlig berechtigt jetzt zu sagen, daß das Berliner Memorandum zurückgezogen worden ist. (Hört, hört.) Es ist uns angezeigt worden, daß dessen Erwägung sine die vertagt ist. Ohne Zweifel würden die merkwürdigen Ereignisse, die sich in Konstantinopel zugetragen haben, in großem Maßstabe diese Zurückziehung erklären, weil die Pforte bereits — obwohl diese Note nicht überreicht worden ist — Vorschläge gemacht hat, die mehr als einen der in dem Memorandum ausgedrückten wichtigen Punkte anticipirt haben, und ich glaube, der Umstand, daß die Pforte selber freiwillig einen Waffenstillstand angeboten hat, dürfte allein ein hinreichender Grund sein, eine beträchtliche Pause in der Ueberreichung dieses Documents eintreten zu lassen, selbst wenn die Verschiebung seiner Ueberreichung, was ich als ein befriedigenderes Resultat ansehe, nicht eingetreten wäre. (Hört, hört!) Zu gleicher Zeit wünsche ich zu bemerken, daß, obwohl wir es für unsere Pflicht erachteten, diesem diplomatischen Instrument nicht unsere Sanction zu ertheilen, diese Erklärung seitens Ihrer Majestät Regierung in keinem unfreundlichen Geiste von irgend einer der Mächte, an die wir uns zu wenden hatten, aufgenommen wurde. (Hört, hört!) Ganz das Gegentheil. Großes Bedauern wurde über das Verfahren, das einzuschlagen wir für unsere Pflicht hielten, ausgedrückt, sowie auch ein lebhafter Wunsch, daß wir unsere Entschließung einem Schritt gegenüber, den sie für die Interessen Europa's für wichtig erachteten, in nochmalige Erwägung ziehen mögen. In diesem Augenblick glaube ich sagen zu dürfen, daß es mehr als einen Punkt giebt, in welchem Ihrer Majestät Regierung mit den anderen Mächten Europa's agirt und hoffentlich erfolgreich agirt. (Hört, hört.) Wir haben gänzlich mit den anderen Mächten übereingestimmt, oder es mag eher gesagt werden, daß die anderen Mächte gänzlich mit uns übereingestimmt haben, aber auf alle Fälle existirt zwischen uns und den Großmächten eine völlige Uebereinkunft, dahin gehend, auf den neuen Herrscher der Türkei keinen ungehörigen Druck auszuüben und ihm sowie seinen Räthen Zeit zu gönnen, ihre Maßregeln und die Politik, die sie zu befolgen beabsichtigen, zur Reife zu bringen. Dann wieder — was ich als nicht minder wichtig ansehe, haben wir unsere Vorstellungen denjenigen Oesterreichs und Rußlands, und ich glaube auch Frankreichs angeschlossen, und ich hege wenig Zweifel, daß in diesem Augenblick die Vorstellungen sämmtlicher Großmächte erfolgt sind, um Serbien die Wichtigkeit eines gemäßigten Verhaltens seinerseits einzuprägen. Ich hoffe, wir haben diese Rathschläge zur Mäßigung Serbien nicht erfolglos eingeprägt. (Hört, hört.) Es giebt einen dritten Punkt, betreffs dessen sämmtliche Großmächte übereingekommen, wenn nicht gleichzeitig, doch einstimmig zu handeln, nämlich was die Anerkennung des neuen Sultans betrifft. Nach unserem Ermessen war es von großer Wichtigkeit, daß diese Anerkennung gewährt werden sollte, ohne Rücksicht auf die übliche diplomatische Etiquette, weil nach dieser Anerkennung der Botschafter der Königin sein Privilegium der persönlichen Audienz bei dem Sultan ausüben kann. Aber ich glaube, daß die Accreditive Sir H. Elliots von Ihrer Majestät eingegangen sind und heute Abend abgesendet werden. (Hört, hört.) Mit Bezug auf die Anerkennung des Sultans mag ich auch erwähnen, daß diese Anerkennung nicht blos auf die europäischen Großmächte beschränkt gewesen ist, sondern daß der Sultan anläßlich seiner Thronbesteigung auch die Anhänglichkeitserklärungen und Glückwünsche aller Klassen und Confessionen seiner Unterthanen empfangen hat. Ich wünsche natürlich nicht die Wichtigkeit eines solchen Ereignisses zu übertreiben, aber ich glaube, es mag einen heilsamen Einfluß auf die Insurgenten ausüben, und es wird sicherlich nicht die Wirkung der Rathschläge, die, wie ich hoffe, sämmtliche Großmächte den Insurgenten ertheilten, sich der Gelegenheit zu bedienen, welche sich nun bietet, um die Pacification Europas herbeizuführen, schwächen, sondern erhöhen." (Hört! hört!) Zuletzt berührte der Cabinetschef eine ihn selber betreffende persönliche Angelegenheit. „Ich höre" — bemerkte er — „daß in den gestern erschienenen Wiener Journalen ein meine Unterschrift tragender Brief enthalten war, der frei über die gegenwärtige politische Situation Europas commentirt, sich über die Absichten und die Politik Englands verbreitet und mit unverzeihlicher Geringschätzung von einer Großmacht spricht, die ein Bundesgenosse unserer Herrscherin ist. Ich wünsche demnach nur, mich dieser öffentlichen Gelegenheit zu bedienen — um so mehr, da dieser Brief in einigen englischen Journalen reproducirt worden ist — um zu erklären, daß der Brief eine Fälschung ist." (Beifall.) Auf die weitere Erkundigung des Marquis von Hartington, ob der Premier irgend einen Zeitraum für die Vorlegung der Schriftstücke angeben könne, erklärte Disraeli, daß die Vorlegung der gewünschten Schriftstücke vor der Hand nicht statthaft sei, da es der Wunsch der Regierung sei, so viel als möglich ein völlig gutes Einvernehmen mit den Mächten, mit denen England gemeinschaftlich handele, aufrecht zu erhalten.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kündigte Butler Johnstone an, er werde am 7. Juli die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Pariser Vertrag lenken und eine Reihe von Resolutionen über den Gegenstand beantragen. Sodann brachte Earl Percy die Sitte zur Sprache, im Laufe der Debatten in diesem Hause auf Debatten im andern Hause Bezug zu nehmen — eine Sitte, die, wie er meinte, seit Kurzem sehr um sich greife, und die, wenn ihr kein Ziel gesetzt werde, zu großer Unbequemlichkeit führen dürfte. Nachdem Sir G. Balfour bemerkt, daß das Oberhaus in dieser Hinsicht ein sehr schlechtes Beispiel gebe, lud Disraeli den Sprecher ein, sein Gutachten über diesen Punkt abzugeben. Der Sprecher erklärte, es sei eine der ungeschriebenen Regeln des Parlaments, daß auf die Debatten in dem andern Hause nicht hingewiesen werde, aber diese Regel werde häufig in einer Weise umgangen, der er nicht entgegentreten könne. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sie von großem Werthe sei, werde er künftighin sein Möglichstes thun, um diese Regel in Kraft zu setzen. Zunächst legte Sir G. Campbell dem Kriegsminister die Nothwendigkeit ans Herz, ein doppeltes Rekrutirungssystem einzuführen, und zwar mit kurzer Dienstzeit für das Inland und langer Dienstzeit für Indien. Hardy erwiderte, er stehe mit dem Minister für Indien in Verbindung wegen der Vervollständigung eines Planes, wonach die Dienstzeit der Truppen in Indien verlängert werden könne, aber er konnte kein doppeltes Rekrutirungssystem

befürworten, da ein solches in der Bildung einer separaten Armee für Indien und in der Auflösung der heimischen Reserve enden werde. Hierauf erledigte das Haus die Berathung des Armee-Etats sowie einzelner Posten des Civildienst-Etats und vertagte sich um 1 Uhr bis Montag.

[Vom Hofe.] Dem „Manchester Guardian" wird von seinem Londoner Correspondenten geschrieben: Von zuverläßiger Seite wird mir versichert, daß sich am vorigen Montag Se. Königl. Hoheit der Herzog von Connaught mit der Prinzessin Friederike, Tochter des Ex-Königs von Hannover, verlobte. Es ist üblich, solche Ereignisse amtlich zu dementiren, bis es bequem ist, dieselben bekannt zu machen, aber ich höre, daß das Parlament noch vor dem Ende der Session um eine Appanage für Se. Königliche Hoheit und eine Mitgift für die Prinzessin angegangen werden wird. Eine solche Verbindung würde nicht unpopulär in England sein, da König Georg von unserm Königl. Geblüt ist und Prinz Ernst im Laufe der Zeit sein Domizil unter uns nehmen und in seiner künftigen Eigenschaft als Herzog von Cumberland seinen parlamentarischen Pflichten im Hause der Pairs genügen dürfte.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 13. Juni. Angekommen: Se. Excellenz v. Hausmann, General-Lieut. aus Posen. Baron v. Lesser, General-Consul n. S. aus Warschau. Se. Durchlaucht Prinz Carolath aus Möllendorf. (Frdbl.)

m. **Sprottau**, 12. Juni. [Pfingstschießen. — Unfälle.] Das diesjährige Pfingstschießen war in den ersten 3 Tagen von dem besten Wetter begünstigt, während gestern, als am Schlusse der Feier, mehrere heraufgezogene Gewitter und mit denselben verbundene Regengüsse mannigfache Störungen verursachten und den an dem letzteren Tage üblichen Volksbelustigungen, wie Stangenklettern, Sacklaufen, Hahnschlagen, Wettrennen 2c., einige Unterbrechungen auferlegten. Die Betheiligung des Publikums war eine sehr rege. Am ersten Schießtage fiel der Königsschuß auf Herrn Fleischermeister Liersch, am zweiten Tage wurde Herr Fleischermeister Seewald zum Vogelkönig proclamirt. — Vorigen Mittwoch badeten drei Soldaten der hiesigen Garnison an einer unerlaubten Stelle im Bober, wobei der eine, der Kanonier Henke, das Unglück hatte, zu ertrinken. Sein Leichnam wurde am andern Morgen am Rechen der Obermühle vorgefunden. — Am Donnerstag Nachmittag verunglückte auf der Herrenstraße der siebenjährige Schulknabe Stiller, indem ihn ein mit Sand beladener Wagen überfuhr und derartig verletzte, daß er gestern gestorben ist.

H. **Hainau**, 12. Juni. [Gasanstalt. — Witterung.] In hiesiger städtischen Gasanstalt wurden im verflossenen Jahre 3,393,650 Kubikfuß Gas producirt. Davon wurden von Privaten 1,954,033, von der Commune 655,683, vom Bahnhof 620,590 und von der Gasanstalt 80,024 Kubikfuß verbraucht; am meisten im Monat December, am wenigsten im Monat Juni. Die Verluste durch die Röhren und nicht berechneten Mehrverbrauch der Straßen-Laternen betrugen 79,820 Kubikfuß und haben sich gegen das Vorjahr fast um die Hälfte niedriger gestellt. An Kohlen wurden 2086 Tonnen verbraucht, und lieferte durchschnittlich die Tonne 1627 Kbf. Gas, 1,33 Tonne Coaks und 15 Pfd. Theer. Eingenommen wurden für Gas 20,538 Mrk., für Coaks 1634 Mrk., für Theer 680 Mrk., Privateinrichtungen 833 Mrk., Insgemein 14 Mrk., in Summa 23,706 Mrk. Zu den Ausgaben zählen: Gehälter für den Inspector und für Arbeiter 3263 Mrk., Unterhaltungskosten für Retorten-Oefen 716 Mark, für Holz, Kohlen, Kalk und Fuhrlohn 7166 Mrk., für Privat-Gas-Einrichtungen 916 Mrk., Zinsen des Baucapitals 4522 Mrk., Amortisation 3300 Mark. Der Netto-Ertrag betrug 2801 Mark 68 Pfennige. — Nach tropischer Hitze in der letzten Hälfte voriger Woche, der Thermometer zeigte 22—23° R. im Schatten, zogen am gestrigen Sonntage bei gleicher Schwüle mehrere Gewitter an uns vorüber, von denen das letzte, Abends gegen 6 Uhr, von Osten heranziehend, sich vollständig entlud und während einer halben Stunde von einem gewaltigen Regen begleitet war, der unseren lechzenden Feld- und Gartenfrüchten recht zu statten gekommen ist. Nach dem Gewitter wieder heiterer Abendhimmel und heute 19° Luftwärme bei mäßigem Südwind.

V **Warmbrunn**, 12. Juni. [Die Retourbillets für die Dauer der Schulferien. — Gewitter.] Die von mehreren Tagesblättern gebrachte, aber bereits widerrufene Nachricht, daß der Herr Handelsminister für die Dauer der großen Ferien für die Schulen Berlins und vielleicht für deren Lehrer die Ausgabe von Retourbillets für die Ferienzeit zu eventuellen Ausflügen nach unserm Riesengebirge in Aussicht gestellt habe, scheint mit der neulich von den Lehrern und Schülern der Sophien-Realschule in Berlin am verflossenen Pfingstfeste bereits zur Ausführung gebrachten Gebirgsfahrt und der damit verbundenen 50 pCt. betragenden Fahrbilletsermäßigung verwechselt worden zu sein. Allerdings würden im Falle der Bestätigung auch die Schulen der heimischen Provinz ebenso sehr auf diese Vergünstigung gehofft haben. Gleichzeitig versichert man, daß unser Riesengebirge seit einer Reihe von Jahren von der erwachseneren Schuljugend nicht mehr so zahlreich wie früher bestiegen worden sei. Zahlreiche Gymnasiasten und Realschüler unserer Provinz Schlesien pflegen die günstigen Tage des Pfingstfestes in der Regel zu solchen Ausflügen zu benutzen, da sie allerdings dabei mit ziemlicher Sicherheit auf den Vortheil, die Wasserfälle des Hochgebirges in ihrer Naturkraft bewundern zu können, rechnen dürfen. Der Elbfall soll sogar in der Pfingstwoche noch vermöge der gewaltigen Schneemassen, die sich in der Nähe des Falls abgelagert haben, gar nicht sichtbar, nur hörbar gewesen sein. Möglich, daß die warmen Regenniederschläge gegen Ende der verflossenen Woche endlich die Zugänge zum Fall passirbar gemacht haben. — Wir hatten sowohl am Sonnabend als am Sonntage ziemlich starke Gewitter, die sich namentlich längs des Hochgebirges hinzogen, auch sogar an zwei Orten eingeschlagen haben, nämlich in Giersdorf in das Häuschen eines Drechslers und Holzschnitzers, das bereits in Brand gerathen, durch schnelle Hülfe jedoch noch glücklich gelöscht werden konnte und in ein Haus bei der sogenannten „dürren Fichte," einem auf einem Gebirgsplateau zwischen Stonsdorf und Arnsdorf gelegenen von einigen andern Häuschen umgebenen Wirthshause. Der über die Waldungen am Hochgebirge am Sonnabend sich besonders ergießende milde Gewitterregen hat nicht nur für die letzten großen Schneelager desselben eine bedeutende Abschmelzung, sondern eine nicht unbedeutende Anschwellung unserer beiden Gebirgsflüsse zur Folge gehabt. Heut präsentirt sich das Hochgebirge während der späteren Nachmittagsstunden in seiner ganzen Ausdehnung im herrlichsten Sommergewande zugleich getaucht in eine seltene Himmelsklarheit. Die heutigen Kammreisenden unseres Hochwalls dürften somit vielleicht den schönsten Tag der ganzen besseren Jahreszeit zu ihrer Tour und eine Aussicht gefunden haben, in deren köstlichem Reiz unser Hochgebirge nur von wenig Gebirgszügen der Erde nach dem Zeugniß vielgereister Kenner übertroffen wird. Bis zum 7. Juni hatten sich 231 Bade- und 243 Sommergäste in unserem Badeort eingefunden. Seit Sonnabend und Sonntag hat sich jedoch die Fremden-Anzahl nicht unbedeutend vermehrt, wovon das nächste Badeblatt bald Zeugniß geben wird.

K. **Frankenstein**, 12. Juni. [Neues Geld.] In den letzten Tagen sind für die hiesige Kreis-Steuer-Kasse 6 Fässer neues Geld, Silbermünzen, in Höhe von 4800 Mark angelangt. Dem augenblicklichen Mangel an dieser Münze wäre damit abgeholfen.

⊙ **Bernstadt**, 11. Juni. [Verdächtiger Todesfall. — Berichtigung.] Gestern Vormittag erfolgte auf ganz plötzliche Weise und unter verdächtigen Umständen der Tod der Ehefrau des Freistellenbesitzers C. W. Heinrich in Buchwald. Gegen 7 Uhr kam unter allen Anzeichen des Schreckes der Genannte hilferufend in das Haus seines Nachbars, da seine Frau dem Tode nahe sei. Dieser, dem Rufe folgend, fand jedoch schon die Frau als Leiche vor und entdeckte am Kopfe der Verstorbenen Verletzungen, die auf rohe Mißhandlung schließen ließen. Ein Gleiches constatirte der eiligst herbeigerufene Arzt. Ist dieser Umstand an sich schon verdächtig, so wird der ganze Todesfall dies noch in höherem Grade dadurch, daß sich der erwähnte Mann der Verstorbenen noch an demselben Tage spurlos entfernt hat, ohne sich bis heute früh wieder einzustellen. Durch den hiesigen Gendarm Schrammeck ist von diesem Vorfalle bei dem Königlichen Staatsanwalte in Oels bereits Anzeige gemacht worden. — Das von hier aus unterm 30. v. M. in Ihrer Zeitung gebrachte Referat über die durch Ueberfahren erfolgten Unglücksfälle ist dahin zu berichtigen, daß der überfahrene Schulknabe aus Vorstadt Bernstadt nicht gestorben ist, sondern sich noch am Leben und den Umständen angemessen wohl befindet.

Gr. **Kattowitz**, 12. Juni. [Schützenfest. — Vortrag.] Das diesjährige Pfingstschießen ist im Vergleich zu den früheren Jahren in einer recht stattlichen Weise ausgefallen, weil es nach vielfachen Hindernissen und schweren Kämpfen den energischen Bemühungen der Herren Allert, Liersch und Zelesnik gelungen ist, für das diesjährige und die folgenden Pfingst-Schützenfeste einen geeigneten Platz zu erwerben. Es wurde das dicht an das Centralgasthaus zu Zawodzie angrenzende Grundstück von der Schützengilde angekauft und in der kurzen Zeit von 8 Tagen zu einem würdigen Festplatz ausgebaut. Herr Kaufmann Zelesnik gedachte auch an Ort und Stelle in seiner Festrede mit warmen Worten dieser Errungenschaft, die eine neue Aera für die hiesige, noch junge Schützengilde einleite und hieß Gäste und Cameraden in ihrem neuen Vereinsasyl auf das Herzlichste willkommen. Die beste Weihe aber erhielt dasselbe dadurch, daß der noch mit der vorjährigen Königswürde bekleidete Kaufmann Herr Glodny für Se. Majestät den Deutschen Kaiser zum zweiten Male die Königswürde errang. Zum ersten Marschall wurde Herr Barbier Clemenz, zum zweiten Herr Bäckermeister Fransky ernannt. Sofern die projectirten Anlagen auf dem jetzigen Schützenplatz zur Ausführung kommen, ist den Bewohnern von Kattowitz ein angenehmer Spazier- und Vergnügungsort, dem Schützenverein aber ein thatsächlicher Aufschwung zu verheißen. — Im Saale der Wachsmann'schen Restauration hielt diese Woche Herr Hugo Polke, Redacteur des „Gewerkverein" aus Berlin einen ziemlich zahlreich besuchten Vortrag über den Zweck der Gewerkvereine und die Bedeutung des Hilfskassengesetzes. Herr Polke erwähnte, daß er schon im Jahre 1869 hier gewesen sei, aber damals keinen günstigen Boden für die Prinzipien des deutschen Arbeiter-Verbandes gefunden habe, weil dieselben als mit den social-demokratischen Tendenzen identisch gedacht wurden. Seitdem aber der deutsche Reichstag den Gewerkvereinen die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht und ihre Kassen anerkannt habe, seien die feindlichen Vorurtheile gegen die Gewerkvereine geschwunden. Der Redner äußerte sich hierauf in klarer, populärer Weise über Bedeutung und Ziele der Gewerkvereine, wies ihren Unterschied von den Knappschaftskassen nach und erläuterte das Hilfskassenprinzip. Er gab ferner eine statistische Uebersicht über die bisherige Thätigkeit der Gewerkvereine und ihrer Kassen, indem erstere über ganz Deutschland verbreitet und in 481 Ortsvereine zergliedert seien, welche eine Mitgliederzahl von 30,000 Arbeitern aufzuweisen haben. Oberschlesien allein besitze 19 Ortsvereine und es wurden von 100 Invaliden in diesem District allein 22 Arbeiter lebenslänglich unterstützt. Die Folge dieses mehr als einstündigen Vortrags war, daß eine Anzahl von Hand- und Fabrikarbeitern dem hiesigen Ortsverein beitrat. Herr Polke reiste noch denselben Abend weiter, da er von verschiedenen anderen Städten Einladungen zu Vorträgen erhalten hatte.

□ **Gleiwitz**, 12. Juni. [Raubanfall. — Rotzkrankheit. — Mord.] Am vergangenen Sonnabend, des Morgens gegen 6 Uhr, wurde der Gewerbeschüler B. auf dem Canaldamm vis-à-vis der Hegenscheidt'schen Fabrik von einem jugendlichen Wegelagerer angefallen und seiner silbernen Ancreuhr nebst silberner Kette beraubt. Der Strolch hatte ein zerkratztes Gesicht und trug einen grauen Rock, eine graue Mütze mit Schirm, ein Paar alte Hosen und in der Seitentasche des Rockes ein Paar Niederschuhe. Hoffentlich wird es den hiesigen Polizeiorganen gelingen, den Thäter recht bald dingfest zu machen. — Leider ist zwar wiederum der Ausbruch der Rotzkrankheit unter den Pferden der hierselbst stationirten 5. Escadron I. Schlesischen Ulanen-Regiments Nr. 2 constatirt worden, indessen hören wir aus sicherer Quelle, daß nach dem übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen, Königlichen Kreisthierarzt Gabley aus Tost und Thierarzt Kullrich von hier, dadurch die Aufhebung oder Verlegung des für den 2. Juli c. hierselbst anberaumten Thierschaufestes und Wettrennens keineswegs geboten erscheint. Für krank befunden und getödtet ist bisher erst ein Pferd und sind im Uebrigen die strengsten Sicherheits- und Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. — Gestern Abend gegen 10 Uhr wurde das Fritsche'sche Etablissement zu Petersdorf der Schauplatz einer blutigen That. Die Sattlergesellen Perschke und Franz Goretzki aus Gleiwitz, im Begriff das Lokal zu verlassen, treffen auf dem Hausflur mit dem Gastwirth Fritsche zusammen, mit welchem sie noch einige Worte wechseln. Als sich die beiden Gäste von p. Fritsche verabschiedet und den Heimweg antreten wollen, öffnet sich die Thür des Tanzsaales und zwei Militärs mit gezogenem Seitengewehr stürzten auf den Sattlergesellen Perschke los. Der eine Soldat stieß dem p. Perschke den Säbel in die Brust, während der andere ihm einen Stich in die linke Seite beibrachte, so daß der Verletzte sofort zusammenbrach und auf der Stelle verschied. Der Sattlergeselle Goretzki, welcher sich seines Cameraden angenommen hatte, erhielt von dem andern Militär ebenfalls einen Stich in den rechten Oberarm, welcher eine längere Arbeitsunfähigkeit des 2c. Goretzki zur Folge haben dürfte. Die Aufnahme des Thatbestandes ist sofort durch den zuständigen Herrn Amtsvorsteher erfolgt und die Leiche in das Leichenhaus nach Petersdorf geschafft worden. Worin das Motiv zu dieser grausigen That zu suchen, ist zur Zeit noch nicht bekannt.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Bei einem am Sonnabend stattgehabten Gewitter ist in Nieder-Bielau eine alte Frau vom Blitz erschlagen worden. Das in demselben Zimmer befindliche Enkelkind derselben blieb unverletzt.

† Gr.-Glogau. Am 11. d. M., Nachmittags gegen 6 Uhr, brachten Gewitter den sehnsüchtig erwarteten Regen; wir hätten nur gewünscht, daß derselbe von längerer Dauer gewesen wäre. Ein Blitzstrahl schlug in die Scheune des Herrn Bauergutsbesitzers Nerlich in Brostau, ohne jedoch zu zünden.

△ Bunzlau. Das regenspendende Gewitter am Sonnabend fand am Sonntag mehrfache Fortsetzung. Von Mittag ab bis Abend folgte Gewitter auf Gewitter mit fruchtbarem Regen und glücklicherweise ohne Schlossen, so daß die dürstende Natur nun aufs Herrlichste erquickt erscheint. In Naumburg a. Q. hat der Blitz in ein Haus eingeschlagen, die Bewohner sind jedoch ohne erheblichen Schaden mit dem Schreck davon gekommen. Die hier am Sonntag Abend coursirende Nachricht von der Einäscherung des Frauenvorwerks bei Thomaswaldau durch Blitzstrahl bestätigt sich glücklicherweise nicht. Es ist nur ein Baum in der Nähe vom Blitz getroffen und vernichtet worden.

Lauban. Am Sonnabend schlug während eines Gewitters der Blitz in das Haus resp. den Stall des Gärtners Werner in Hennersdorf und tödtete, ohne das Haus selbst zu entzünden, zwei Kühe und ein Kalb. Zu derselben Zeit entstand in Pfaffendorf durch Blitzschlag Feuer, welches ein Bauergut vernichtet haben soll.

≅ Hainau. In Siegendorf waren in einem Hause sieben Personen am Typhus erkrankt. Davon sind bereits drei Personen gestorben, noch ehe ärztliche Hilfe eintreten konnte. Wie wir hören, soll der Typhus durch das Grundwasser entstanden sein.

□ Liegnitz. Wie der „Anzeiger" meldet, gewahrten in der vorigen Woche Kinder bei Neudorf in der Nähe der Zuckerfabrik ein großes Rad in der Katzbach, das denn auch von den Hofeleuten herausgearbeitet und an den „Radkappen", das sind eiserne halbkugelförmige, den Reifen des Rades ringsum garnirende Aufschläge, als französisches Rad erkannt wurde. Das Rad stammt also aus der „Franzosenzeit" und hat sich, im Sande eingebettet, die lange Zeit hindurch vollständig erhalten, wenn auch die hölzernen Theile eine Menge Risse zeigen.

⊙ Reichenbach. Die erst kürzlich hier eingebrachten Diebe Rauscher und Karsch machten in der Nacht zum 4. einen Fluchtversuch, der indeß an der Aufmerksamkeit der Gefängnißbeamten scheiterte. R. hatte sich bereits der Fesseln entledigt und K. den Ofen eingerissen, um durch die Einfeuerungsthür in den Corridor und von da ins Freie zu gelangen.

♃ Ober-Glogau. Am 10. Juni, in der 7. Stunde Nachmittags, entlud sich ein schweres Gewitter über unserer Stadt. Es hat im Suchan'schen Hotel eingeschlagen. Der Blitz schlug in der Nähe des Schornsteins ein, drang durch Dach und Decke in die unteren Gastzimmer und verschwand spurlos, ohne gezündet oder bedeutenden Schaden angerichtet zu haben. In Folge des Schreckens jedoch soll die Frau des Hauses sich bald darniedergelegt haben. Das Gewitter brachte uns reichlichen ersehnten Regen, welcher die Erde und die Saaten erquickte und erfrischte.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Gesetz

über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögens-Verwaltung in den katholischen Diöcesen.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Die Aufsicht des Staats über die Verwaltung

1) der für die katholischen Bischöfe, Bisthümer und Capitel bestimmten Vermögensstücke,

2) der zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten und unter die Verwaltung oder Aufsicht katholisch-kirchlicher Organe gestellten Anstalten, Stiftungen und Fonds, welche nicht von dem Gesetze vom 20. Juni 1875 betroffen werden,

wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgeübt.

§ 2. Die verwaltenden Organe bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in nachstehenden Fällen:

1) zu dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum;

2) zu der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben;

3) zu außerordentlicher Benutzung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift, sowie zu der Kündigung und Einziehung von Capitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt;

4) zu Anleihen, sofern sie nicht blos zur vorübergehenden Aushilfe dienen und aus den Ueberschüssen der laufenden Einnahmen über die Ausgaben derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;

5) zu der Errichtung neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude;

6) zu der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnißplätzen;

7) zu der Einführung oder Veränderung von Gebührentaxen;

8) zu der Ausschreibung, Veranstaltung und Abhaltung von Sammlungen, Collecten 2c. außerhalb der Kirchengebäude.

Eine auf Anordnung der bischöflichen Behörde jährlich stattfindende Haus-Collecte zum Besten bedürftiger Gemeinden der Diöcese bedarf nicht der besonderen Ermächtigung einer Staatsbehörde; die Zeit der Einsammlung muß aber dem Ober-Präsidenten vorher angezeigt werden;

9) zu der Verwendung der Einkünfte erledigter Stellen (Vacanzeinkünfte, Intercalarfrüchte);

10) zu der Verwendung des Vermögens für nicht stiftungsmäßige Zwecke.

In dem Falle zu 10 gilt die Genehmigung als ertheilt, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde nicht binnen dreißig Tagen nach Mittheilung von der beabsichtigten Verwendung widerspricht.

Ist die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde nicht ertheilt, so sind die in den vorstehenden Fällen vorgenommenen Rechtsgeschäfte ungiltig.

§ 3. Die verwaltenden Organe bedürfen zur Führung von Prozessen keiner Ermächtigung von Seiten einer Staatsbehörde.

Atteste über die Legitimation der verwaltenden Organe zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten oder Atteste über das Vorhandensein derjenigen Thatsachen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit begründen, können giltig nur von der staatlichen Aufsichtsbehörde ertheilt werden.

§ 4. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Aufstellung und Vorlegung eines Inventars zu fordern, Einsicht von den Etats zu nehmen und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gesetzt werden.

Die Etats solcher Verwaltungen, welche Zuschüsse aus Staatsmitteln erhalten, sind der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Diese Behörde bestimmt den Zeitpunkt der Einreichung, sie regelt die formelle Einrichtung der Etats und setzt die Fristen zur Erledigung der Erinnerungen fest.

§ 5. Weigern sich die verwaltenden Organe

1) Leistungen, welche aus dem im § 1 bezeichneten Vermögen zu bestreiten oder für dasselbe zu fordern sind, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen,

2) Ansprüche des im § 1 bezeichneten Vermögens, insbesondere auch Entschädigungsforderungen aus der Pflichtwidrigkeit des Inhabers einer für die Vermögensangelegenheiten bestehenden Verwaltungsstelle, gerichtlich geltend zu machen,

so ist in denjenigen Fällen, in welchen die bischöfliche Behörde das Recht der Aufsicht hat, sowohl diese, als auch die staatliche Aufsichtsbehörde, unter gegenseitigem Einvernehmen, in allen anderen Fällen die staatliche Aufsichtsbehörde allein befugt, die Eintragung in den Etat zu bewirken und die gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche anzuordnen, auch die hierzu nöthigen Maßregeln zu treffen.

In denjenigen Fällen, in welchen das Einvernehmen der bischöflichen Behörde und der staatlichen Aufsichtsbehörde erforderlich ist, muß die um ihre Zustimmung angegangene Behörde sich binnen dreißig Tagen nach dem Empfange der Aufforderung erklären. Erklärt sie sich nicht, so gilt sie als zustimmend. Bei erhobenem Widerspruch entscheidet die der staatlichen Aufsichtsbehörde vorgesetzte Instanz.

§ 6. Bestreiten die verwaltenden Organe die Gesetzwidrigkeit der nach § 4 beanstandeten Posten oder das Vorhandensein der Verpflichtung zu den in § 5 sub 1 erwähnten Leistungen, so entscheidet auf die Klage der verwaltenden Organe im Verwaltungsstreitverfahren hierüber das Ober-Verwaltungsgericht.

§ 7. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Einsicht von der Jahresrechnung zu nehmen.

Die Jahresrechnung solcher Verwaltungen, deren Etats der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde bedürfen, ist dieser Behörde zur Prüfung, ob die Verwaltung etatsmäßig geführt worden ist, einzureichen.

§ 8. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Vermögensverwaltung Revisionen zu unterwerfen.

§ 9. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Befolgung der in den §§ 4, 5, 7 und 8 enthaltenen Vorschriften und der zu ihrer Ausführung getroffenen Anordnungen von den verwaltenden Organen durch Geldstrafen bis zu dreitausend Mark zu erzwingen.

Die Androhung und Festsetzung der Strafe darf wiederholt werden, bis dem Gesetz genügt ist.

Außerdem können die zu Zwecken des im § 1 bezeichneten Vermögens bestimmten Leistungen aus Staatsmitteln ganz oder theilweise einbehalten oder unmittelbar an die Empfangsberechtigten verabfolgt werden.

Erweisen sich die vorstehenden Maßregeln als erfolglos oder unanwendbar, so ist die staatliche Aufsichtsbehörde berechtigt, eine commissarische Besorgung der Vermögensangelegenheiten unter sinngemäßer Anwendung der §§ 9 bis 11 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 anzuordnen.

§ 10. Welche Staatsbehörden die in den §§ 2 bis 5 und 7 bis 9 angegebenen Aufsichtsrechte auszuüben haben, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

§ 11. Wegen der Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen bewendet es bei dem Gesetze vom 23. Februar 1870.

§ 12. In Betreff des Vermögens der Orden und ordensähnlichen Congregationen bewendet es bei den §§ 3 und 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1875.

§ 13. Die dem Staate zustehenden Eigenthums- oder Verwaltungsrechte an dem im § 1 bezeichneten Vermögen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 14. Dieses Gesetz tritt am 1. October 1876 in Kraft.

§ 15. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 7. Juni 1876.

(L. S.) **Wilhelm.**

Fürst v. Bismarck. Camphausen. Graf zu Eulenburg.
Leonhardt. Falk. v. Kameke. Achenbach. Friedenthal.

Berlin, 12. Juni. Sämmtliche Börsen Europa's sehen in der augenblicklichen Lage der politischen Verhältnisse gewisse Beruhigungsmomente und bringen sie praktisch durch feste Tendenz und steigende Bewegung zum Ausdruck. Gestützt auf die von den auswärtigen Plätzen vorliegenden Cours-Nachrichten eröffnete auch unsere Börse in sehr fester Haltung und schloß sich auch in Betreff der Coursentwickelung der heutige Verkehr dem vorgestrigen Geschäfte eng an. Die Umsätze zeigten sich im Allgemeinen jedoch etwas eingeschränkter und nur in einzelnen Fällen kann von einem regeren Geschäftsverkehr die Rede sein. Die Festigkeit auf dem Gebiete der internationalen Speculationspapiere fand in umfangreichen Deckungskäufen eine weitere Stütze und mußte sich die Contremine um so mehr beeilen, ihr Engagement zu verringern, als von einigen Speculanten bekannt wurde, daß sie in der Absicht, das Regulirungsmaterial theuerer zu machen, größere Posten effectiver Waare dem Markte entnommen hätten. Die Course der bezüglichen Effecten erzielten eine Avance von 6—8 M. gegen den Schluß-Cours vom Sonnabend und unterlagen erst ganz gegen Schluß der Börse einem geringen Druck, so daß sie die höchste Notiz nicht ungeschmälert erhalten konnten. Oesterr. Nebenbahnen bewegten sich in sehr fester Tendenz und erhöhten auch meist ihre Notirungen. Die localen Speculations-Effecten betheiligten sich weniger am Verkehr, vermochten aber doch, sich auf ein etwas höheres Coursniveau zu erheben. Disconto-Commandit $111\frac{3}{4}$, ultimo $112—111\frac{7}{8}—112—111\frac{5}{8}$, Dortm. Union 4,70, Laurah. 57,75, ult. 58,25—57,75. Für die auswärtigen Staatsanleihen gelangte eine recht feste, zum Theil sogar animirte Tendenz zum Ausdruck. Bevorzugt durch steigende Bewegung und regere Umsätze zeigten sich besonders Oesterr. und russische Werthe. Von ersteren gingen namentlich Renten und 1860er Loose um, während von russischen Werthen die Pfd. Sterl.-Anleihen durch eine mehrprocentige Courssteigerung ausgezeichnet wurden, Aber auch russische Prämien-Anleihen waren beliebt. Türken und Italiener zwar auch recht fest, aber ruhiger. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unbelebt und meist unverändert. Eisenbahnprior. fest, von Oesterr. waren besonders Ungar. Ostbahn II., Raab-Grazer Loose u. Lomb. beliebt und russ. Prior. fast durchweg höher. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte eine recht feste Stimmung. Die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen verhielten sich ruhiger, Halberstädter und Potsdamer gingen lebhaft zu steigendem Course um, Anhalter trugen anfänglich auch eine feste Physiognomie, später überwog aber das Angebot, Thüringer um einige Procent niedriger. Leichte Bahnen meist beliebt. Mastrichter fest, Werrabahn rege. Nahebahn wurde sehr lebhaft zu steigender Notiz umgesetzt. Bankactien waren vernachläßigt und wenig fest. Preuß. Bodencredit zog um eine Kleinigkeit an. Dessauische Landesbank, Deutsche Bank und Coburger Creditbank haben etwas regeren Verkehr aufzuweisen. In-

dustriepapiere nicht ganz unbelebt. Große Pferdebahn und Continental-Pferdebahn höher, Westend und Centralstraße begehrt, für Norddeutsche Eiswerke gute Frage, Breslauer Oelfabriken niedriger, Bauvereinsbank ging zu unveränderter Notiz recht lebhaft um, Freund etwas besser, Dessauer Gasfabrik steigend, Leopoldshall weichend, Marienhütte besserte die Notiz. Gelsenkirchen höher, Landré anziehend, Centrum behauptet, Hibernia steigend, Eschweiler, König Wilhelm, Märkisch-Westfälische und Schlesische Kohlen zogen ebenfalls im Course an, Massener und Phönix A. niedriger. — Um 2½ Uhr: Fest. Credit 228⅛, Lombarden 139, Franzosen 450, Reichsbank 153½, Disconto-Commandit 112, Dortmunder Union 4,70, Laurahütte 58, Köln-Mindener 101¼, Rheinische 118, Bergische 84, Rumänen 18,60, Türken 12.

§∧§ **Posen**, 12. Juni. [Original-Wollmarktsbericht.] Nach Schluß unseres gestrigen Berichtes traten, wie wir es anticipirt hatten, Rheinländer, Franzosen, sowie im Laufe des Nachmittags eingetroffene russische Fabrikanten stark als Käufer auf und nahmen noch ansehnliche Posten aus dem Markte, so daß zur späteren Abendstunde ⅚ der Zufuhr verkauft waren. Die gestern nicht umgesetzten Posten bestanden meist aus fehlerhaften und schweißigen Qualitäten, wofür man die zu gespannten Forderungen den Eignern nicht gewähren wollte. Am heutigen zweiten Markttage langten noch ca. 2200 Centner von entfernt gelegenen Gegenden hier an, die durch verspätete Schur für eine frühere Zusendung nicht fertig geworden waren, und da es meist gut behandelte Sachen waren, so waren diese Posten von rheinischen Fabrikanten und Händlern schnell vergriffen. Selbst die gestern nicht verkauften, meist fehlerhaften Wollen fanden heute bessere Beachtung und da sich die Besitzer derselben williger zeigten, so waren es kleine Lausitzer, sächsische und schlesische Fabrikanten, die den größten Theil noch im Laufe des Vormittags kauften und der Markt um 2 Uhr Nachmittag vollständig beendet war. Unverkauft blieben ca. 800 Centner von sehr schlechter Wäsche und solche Wollen, die sich in zweiter Hand befanden und mit welchen die Verkäufer speculiren wollten. Der Preis gestaltete sich heute 1 Thlr. höher als gestern Abend und bei Wollen von schlechter Wäsche und nicht guter Behandlung 6 Thlr. unter Vorjahrspreisen. Der Schluß des Marktes ist als recht fest bei vorherrschend animirter Stimmung zu bezeichnen. Die Totalzufuhr läßt sich auf 22,000 Centner am offenen Markte angeben.

Weimar, 12. Juni. [Wollmarkt.] In Folge des ungünstigen Wetters war der heutige Markt nur schwach besucht. Bis Mittag waren 1700 Ctr. angefahren. Das Geschäft entwickelte sich langsam. Die Preise waren im Vergleich zum Vorjahr bedeutend geringer. Gezahlt wurden 135—150 M., für feinere Sorten 162 M.

Wien, 12. Juni. [Die Einnahmen der franz.-österr. Staatsbahn] betrugen in der Woche vom 3. bis zum 9. Juni 573,791 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehr-Einnahme von 75,620 Fl.

Wien, 12. Juni. [Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn] betrugen in der Woche vom 3. bis zum 9. Juni 235,805 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 4039 Fl.

Southampton, 12. Juni. Der Hamburger Dampfer „Bahia", welcher, wie bereits gemeldet, am Sonnabend mit gebrochener Welle hier eingelaufen ist, wird wahrscheinlich schon morgen seine Fahrt nach Brasilien fortsetzen können, da der Schaden leicht zu repariren ist.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 12. Juni, Abends. Boulevard-Rente 105, 70. Matt. Türken 13, 80. Egyptier 188, 75. Italiener 72, 85.

Frankfurt a. M., 12. Juni, Nachm. 2 Uhr. 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 205, 07, Pariser Wechsel 81, 15, Wiener Wechsel 168, 75, Böhmische Westbahn 150, Elisabethbahn 121½, Galizier 163½, Franzosen*) 226, Lombarden*) 69¼, Nordwestbahn 109, Silberrente 58⅜, Papierrente 55½. Russ. Bodencredit 85½, Russen 1872 93½. Russ. Anleihe — —, Amerikaner de 1885 102, 1860er Loose 100¼, 1864er Loose 261, 00. Creditact.*) 120, Oest. Nationalb. 717, 00, Darmst Bank 104, Brüsseler Bank —, —, Berliner Bankverein 86⅛, Frankfurter Wechslerbank 77⅝, Deutsch-österreichische Bank 91⅛, Meininger Bank 78¼, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 153 13/16, Continental —, —, Hess. Ludwigsbahn 99⅞, Oberhessen 72¾, Ungarische Staatsloose 147, 50, do. Schtzw. alte 85¾, do. neue 81⅛, Central-Pacific 91⅞, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 58¾. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —.

Belebt in Folge der von auswärts gemeldeten günstigen Coursnotirungen und auf Deckungskäufe. Speculationspapiere höher, ungarische und österreichische Werthe durchweg besser.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 119¾, Franzosen 226, Lombarden 69¾, 1860er Loose —, Elisabethbahn —, —, Franz-Josefsbahn —, Galizier —, Ungar. Staatsloose —, —, Reichsbank —, Darmst. Bank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 12. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 114¾, Silberrente 58, Creditactien 119½, Nordwestbahn —, 1860er Loose 99⅞, Franzosen 561, Lombarden 174, Italien. Rente 70½, Vereinsbank 117¼, Laurahütte —, Commerzbank 87, do. II. Emission —, —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 126½, Anglo-deutsche 53½, Internationale Bank 84¾, Amerikaner de 1885 96¼, Köln-Mindener St.-A. 101½, Rheinische Eisenbahn do. 117⅞, Bergisch-Märkische do. 84½, Disconto 2½ pCt. — Sehr fest.

Hamburg, 12. Juni, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine flau. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. Juni 205 Br., 204 Gd., pr. Sept.-October pr. 1000 Kilo 211 Br., 210 Gd. Roggen pr. Juni 164 Br., 162 Gd., pr. September-October pr. 1000 Kilo 162 Br., 161 Gd. Hafer fest. Gerste still. Rüböl matt, loco 66, pr. October pr. 200 Pfd. 65. Spiritus still, pr. Juni 36, per Juli-August 37, per August-September 38, pr. September-October per 100 Liter 100% 39. Kaffee sehr fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 12, 20 Br., 12, 00 Gd., per Juni 12, 00 Gd., per August-December 12, 60 Gd. — Wetter: Wolkig.

Liverpool, 12. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stramm. Tagesimport 5000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 12. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen.

Middl. Orleans 6 5/16, middl. amerikanische 6⅛, fair Dhollerah 4⅜, middl. fair Dhollerah 4⅛, good middl. Dhollerah 3⅞, middl. Dhollerah 3⅝, fair Bengal 3⅞, good fair Broach —, new fair Domra 4¼, good fair Domra 4½, fair Madras 4, fair Pernam 6¼, fair Smyrna 5¼, fair Egyptian 5¾.

Upland nicht unter low middling Mai-Verschiffung pr. Segelschiff 6⅛, Schiff genannt; schwimmend auf See 6 1/32, Juni-Lieferung 6 1/16 D.

Newyork, 12. Juni, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London in Gold 4, 87. Gold-Agio 12⅝. 5/20 Bonds de 1885 115¾, do. 5% fundirte Anleihe 117½. 5/20 Bonds de 1887 122¾. Erie-Bahn 13½. Baumwolle in New-York 12, do. in New-Orleans 11½. Raff. Petroleum in New-York 14½. Raff. Petroleum in Philadelphia 14⅜. Mehl 5, 25. Mais (old mixed) 60. Rother Frühjahrsweizen 1, 22. Kaffee Rio 16⅝. Havanna-Zucker 7⅝. Getreidefracht 7½. Schmalz (Marke Wilcox) 12⅛. Speck (short clear) 10½.

Antwerpen, 12. Juni, Nachmitt. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen vernachlässigt. Hafer gefragt.

Antwerpen, 12. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28¼ bez., 28½ Br., pr. Juni 28 bez., 28¼ Br., pr. Juli 28½ Br., pr. September 30¼ Br. per Septbr.-December 30¾ bez., 31 Br. Fest.

Morgen keine Börse.

Bremen, 12. Juni, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco 11, 85, pr. Juni 11, 85, pr. Juli 12, 00, pr. August-December 12, 65. Fest.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 12. 13.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329''',30	329''',90	330''',17
Luftwärme	+ 21°,9	+ 17°,4	+ 15°,2
Dunstdruck	3''',97	4''',90	5''',16
Dunstsättigung	33 pCt.	57 pCt.	71 pCt.
Wind	S. 2	S. 1	SO. 1
Wetter	wolkig.	bezogen.	wolkig.

Wärme der Oder .... 7 Uhr Morgens + 19°,6.

Breslau, 13. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 90 Cm. U.-P. — M. 30 Cm.

Berliner Börse vom 12. Juni 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,30 bz
do. do.	2 M.	3	168,60 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,43 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,29 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	262,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6½	265,80 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	168,95 bz
do. do.	2 M.	4½	167,75 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	104,75 bz
do. 4%ige	4	99,75 bz
Staats-Schuldscheine	3½	94,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	131 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,90 bz
Pfandbr. Berliner	4½	102,20 bz
Pommersche	3½	84,70 bzG
Posensche neue	4	95 bz
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	98 G
Pommersche	4	97,90 bz
Posensche	4	97 B
Preussische	4	97 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,30 B
Sächsische	4	98,70 B
Schlesische	4	97,25 G
Badische Präm.-Anl.	4	118,80 bz
Baierische 4% Anleihe	4	121,75 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	108,50 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 248,50 B
Badische 35 Fl.-Loose 134 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,30 bz
Oldenburger Loose 134,80 G

Ducaten — —	Fremd. Bkn. 99,90 bz
Sover. 20,42 G	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,22 bB	Oest. Bkn. 169 bz
Imperials 16,66 bz	Russ. Bkn. 266,80 bz
Dollars 4,18 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	102 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,20 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,30 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	107,90 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,30 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	100,75 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105 G
do. do. II. Em.	5	101,50 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	108,75 bz
do. do. II. Em.	5	106,75 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	101 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,20 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,30 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	34,50 bzG
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,50 B
do. do.	4½	94,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,25 G
do. do. 4½%	4½	98 bz
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	58 bzG
(1./1. 1./7. u. 1./4. 1./10.)		1./4. 1./10. 58 bzG
do. Papierrente	4⅕	55,75 bz
(1./2. 1./8. u. 1./5. 1./11.)		1./5. 1./11. 55,75 b
do. 54er Präm.-Anl.	4	95,75 bzG
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	99,25 bzG
do. Credit-Loose	—	305,75 etbzB
do. 64er Loose	—	259,50 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	178,50 bz
do. do. 1866	5	173,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,75 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	87 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	83,25 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,20 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90 B
do. do. 1885	6	101,98 bzG
do. 5% Anleihe	5	102,10 etbzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,30 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,30 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	69 bzG
Rumänische Anleihe	8	92,40 bz
Türkische Anleihe	5	12,50 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	66,75 bzG

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,20 bz
Türken-Loose 37 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,70 bz
do. do. VI.	4½	98,75 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,75 G
Berlin-Görlitz	5	102,30 bz
do.	4½	92 G
do. Lit. C.	4½	89 bzG
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	94,50 G
do. do. H.	4½	91,80 bz
do. do. J.	4½	–
do. do. K.	4½	89,10 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	91 B
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	92,75 G
do. V.	4	92,50 G
Halle-Sorau-Guben	5	100,96 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,75 G
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,75 G
do. do. III. Ser.	4	96,50 G
Oberschles. A.	4	—
do. B.	3½	86 B
do. C.	4	93,50 B
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,90 bz
do. F.	4½	101 G
do. G.	4½	99 bz
do. H.	4½	102,75 bz
do. von 1869	5	104 bzG
do. von 1873	4	91,10 G
do. von 1874	4½	98,25 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	98 B
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	104,10 G
do. Stargard-Posen	4	—
do. do. II. Em.	4½	99,25 G
do. do. III. Em.	4½	99,25 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	- —
Ostpreuss. Südbahn	5	102 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	104,40 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 G
Chemnitz-Komotau	5	42,60 G
Dux-Bodenbach	5	53 B
do. II. Emission	5	41,99 G
Prag-Dux	fr.	22,25 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	80,80 bzG
do. do. neue	5	78,25 G
Kaschau-Oderberg	5	56,25 bzG
Ung. Nordostbahn	5	52,50 bz
Ung. Ostbahn	5	49,50 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	64,50 bzG
do. do. II.	5	64,50 bzG
do. do. III.	5	54,50 bzB
Mährische Grenzbahn	5	60 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	17,50 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	64,25 G
Oesterr.-Französische	3	316,90 bzG
do. do. II.	3	297,99 G
do. südl. Staatsbahn	3	227,75 bz
do. neue	3	226,50 bz
do. Obligationen	5	74,50 bzG
Warschau-Wien II.	5	—
do. III.	5	91,50 G
do. IV.	5	85,50 bz
do. V.	5	84,25 bz

Bank-Discont 3½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 4½ pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	1	4	22,90 bzB
Berg.-Märkische	3	4	4	84 bz
Berlin-Anhalt	8½	8	4	113 bzB
Berlin-Dresden	5	—	5	24,50 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	40,70 bz
Berlin-Hamburg	12½	10	4	176,50 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1⅔	3	4	86 bzG
Berlin-Stettin	9 11/20	9	4	123 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	74,50 G
Breslau-Freib.	7½	5⅔	4	78 bzG
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	101,75 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99,60 G
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	9,10 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	82 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	11,50 bzB
Hannover-Altenb.	0	—	4	16,25 bzG
Kaschau-Oderberg	5	0	5	38,20 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	44,50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	176,75 bzG
Märk.-Posener	0	0	4	21,90 bz
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	90 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	240 bzG
do. Lit. B.	4	4	4	96,80 bzG
Mainz-Ludwigsh.	6	6	4	99,25 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,75 bzG
Oberschl. A. C. D. E.	12	10½	3½	138,75 bz
do. B.	12	10½	3½	128,75 B
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	448-48 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	212 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	1⅔	0	4	139-40-39 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	26,25 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6⅔	6½	4	103,40 bzG
Reichenberg-Pard.	4½	4 2/5	4½	49,16 bz
Rheinische	8	—	4	117,60 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,50 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	15,90 bz
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	18,60 bzG
Schweiz Westbahn	0	—	4	17,50 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,75 bzG
Thüringer Lit. A.	7½	8½	4	129,80 bz
Warschau-Wien.	10	—	4	191 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	5	5	82 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	26 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	22,75 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	36,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2⅔	—	5	47 bzB
Märkisch-Posener	0	3½	5	75,20 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,20 bz
do. Lit. C.	5	5	5	92,40 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	5	5	74,10 bzG
Pomm. Centralb.	0	-	fr.	
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	107,60 bz
Rumänier	8	8	8	69 bzG
Saal-Bahn	2⅔	0	5	29 bzG
Weimar-Gera	5	2½	5	42 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	0	4	conv. — —
Anglo Deutsche Bk.	0	3	4	54,25 G
Berl. Kassen-Ver.	18 1/5	17,7	4	175 G
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	85 bz
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10⅔	8½	4	83,10 G
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	93,25 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	62,75 bzG
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	66,75 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	67,75 etbzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	117,10 G
Darmst. Creditbk.	10	6	4	102,90 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	94,25 bz
Deutsche Bank	5	3	4	80,80 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	153,10 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	91,75 G
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	111,75 bz
do. ult.	12	7	4	111,50-12,50 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	86,50 B
do. junge	6	5½	4	91 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	10 B
Goth. Grundcredb.	9	8	4	107 B
Hamb. Vereins.-B.	11 1/9	9 4/9	4	117 G
Hannov. Bank	6⅔	6 7/15	4	101,40 bzG
Königsb. Ver.-Bank	5⅔	5¼	4	—
Lndw.-B. Kwilecki	6⅔	—	4	59,75 B
Leipz. Cred.-Anst.	9⅔	7	4	105,50 etbzG
Luxemburg. Bank	9	6½	4	96,25 B
Magdeburger do.	5⅔	5½	4	104 B
Meininger do.	4	3	4	77 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	6⅔	4	126 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	97,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	47,60 G
Oest. Cred.-Actien	6⅔	5	4	236,50-7 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	98,75 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	98 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	117,40 G
Sächs. Bank	10⅔	10	4	120,10 G
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	83,50 B
Schl. Bank-Verein	6	5	4	83,75 G
Schl. Vereinsbank	5	4½	4	87,60 B
Thüringer Bank.	8	5	4	72,75 bzG
Weimar. Bank.	5⅔	0	4	48,30 bzG
Wiener Unionsb.	5	26/7	4	95 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	89 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	86 B
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4 G
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	42 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	96,10 bzG
Deutsche Unionsb	3	0	fr.	78 etbzG
Hannov. Disc.-Bk.	0	8 1/5	fr.	87,50 G
Hessische Bank	0	—	fr.	55 B
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	87 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	50,50 bz
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	5 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7½	—	fr.	110 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	14,90 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	69,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	15,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	53 G
do. Papierfabr.	4	—	4	10,50 G
Westend, Com.-G.	6	—	fr.	5 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18 8/9	18	4	126,75 bzG
Schles. Feuervers.	17	20	4	— —
Donnersmarkhütte	4	3	4	21 bz
Dortm. Union	0	—	4	4,70 bz
Königs- u. Laurah.	10	—	4	57,75 bz
Lauchhammer	0	—	4	17,50 bzG
Marienhütte	7½	—	4	66 G
Moritzhütte	0	—	4	— —
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	10,50 G
Redenhütte	0	—	4	1 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	14 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	6	4	81,50 B
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	86 B
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	39,50 G
Vorwärtshütte	1	—	4	15 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	37 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	46 G
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	47,50 G
Erdm. Spinnerei	4	1	4	25 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2½	—	4	41 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	12 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	27 B
Schl. Leinenind.	7½	—	4	82 B
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	0	4	12 G
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	
do. Wagenb.-Anst.	0	0	fr.	2,50 B[80 B [illegible]
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	— —
Wilhelmshütte MA.	4	—	4	67 G

Berlin, 10. Juni. [Productenbericht.] Ein heftiger Gewitterregen, der sich während der Börsenzeit einstellte, hat die flaue Stimmung verdrängt. — Roggen anfänglich billiger verkauft erholte sich und schließt etwa wie Sonnabend. Waare ist wenig umgesetzt. — Roggenmehl matt. — Weizen wenig verändert. Anfang matt, Schluß ziemlich fest. — Hafer findet loco trägen Absatz, Termine still. Nahe Lieferung knapp und höher. — Rüböl sehr matt; Kauflust ist schwach vertreten. — Spiritus niedriger einsetzend, wurde dann zu anziehenden Preisen gehandelt.

Weizen loco 200—243 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — ab Bahn bez., pr. Juni — M. bez., pr. Juni-Juli 210—211 M. bez., pr. Juli-August 211½212½ M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 211½—213 Mk. bez. Gekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 210½ Mk. — Roggen loco 163—198 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 163—168½ Mark bez., inländ. — M. bez., schwedischer — Mark, defect russ. — Mk. ab Bahn und Kahn bez., pr. Frühjahr — Mk. bez., pr. Juni 163½—165—164 Mark bez., pr. Juni-Juli 160½—161½—161 Mark bez., per Juli-August 158½—160—159½ M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 160½—162—161½ Mark bez., per October — Mk. ab Bahn bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Gerste loco 156—188 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 153—198 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 180—186 M. bez., russischer 173—186 Mark bez., pommerscher und mecklenburgischer 188—193 Mark bez., böhmischer — M., schwedischer 185—193 Mark ab Bahn bez., pr. Frühjahr — Mark bez., pr. Juni 172½—173½ M. bez., per Juni-Juli 172½—173 Mk. bez., pr. Juli-August 163½—164 Mk. bez., pr. September-October 157 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mk. bez. — Erbsen, Kochwaare 193—225 M., Futterwaare 180—192 Mk. — Gekündigt — Ctnr. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 30,50—29,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 28,00—27,00 M. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack: Nr. 0: 26,00—24,50 M., Nr. 0 und 1: 24,00—22,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. incl. Sack Nr. 0 und 1: pr. Juni 23,60—24—23,80 Mark bez., pr. Juni-Juli 22,90—23,10—5 Mark bez., pr. Juli-August 22,65—90 Mark bez., pr. August-September 22,65—90 M. bez., pr. Sept.-October 22,65—90 M. bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 65 M. bez., pr. Juni 65,8 M. bez., pr. Juni-Juli 65,5—2 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., per September-October 65,3—65 M. bez., pr. October-November — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis 66 Mark. — Leinöl loco — Mark. — Petroleum loco 27,5 M. ab Bahn bez., pr. Septbr.-October 26,2 Mark bez., pr. April — Mk. bez. — Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" per 10,000 pCt. 51,5 Mk. bez., mit leichten Gebinden — M. bez., ab Speicher — M. bez., „mit Faß" — Mark bez., pr. Juni 51,8—51,5 Mark bez., pr. Juni-Juli 50,8—51,5 Mark bez., pr. Juli-August 51—51,7 Mark bez., pr. August-Septbr. 51,3—52,2 Mark bez., pr. September-October 51—52—4 Mk. bez., pr. October-November 50,2 bis 51 Mk. bez. Gekündigt 70,000 Liter. — Kündigungspreis 51,2 Mark.

Breslau, 13. Juni, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen nur feine Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,00 bis 20,40—22,20 Mark, gelber 18,00—19,20—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 16,90 bis 17,80—19,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste nur billiger verkäuflich, per 100 Kilogr. 14,30—15,30—16,30 Mk., weiße 16,50—17,30 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 18,30—19,50—20,50 Mark, feinster über Notiz.

Mais mehr beachtet, per 100 Kilogr. 13,30 bis 14,50 Mark.

Erbsen ohne Angebot, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mark.

Lupinen unverändert, per 100 Kilogr. gelbe 10,00 bis 11,50 Mark, blaue 10,00—11,50 Mark.

Wicken ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 16,80—17,80—18,80 Mk.

Oelsaaten nominell.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	28	50	27	25	26	50
Winterrübsen	27	25	26	—	25	25
Sommerrübsen	28	50	27	50	26	—
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen in besserer Stimmung, pr. 50 Kilogr. 7,60—7,80 Mark, pr. September-October 7,60 Mark.

Leinkuchen gut verkäuflich, pr. 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 36—39—42 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein alt 33,25 bis 34,25 Mark, neu 31,00—32,00 Mark, Roggen fein 29,50—30,00 Mark, Hausbacken 28,00—29,00 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Schwerin, 12. Juni. Der Hofmarschall des Großfürsten Wladimir, Admiral von Bock, ist nach kurzer schwerer Krankheit heute Mittag gestorben.

Basel, 12. Juni. Die Cantone St. Gallen und Thurgau sind, wie den „Baseler Nachrichten" gemeldet wird, von großen Ueberschwemmungen heimgesucht worden. Die Wasser der Murg, des Thur und des Rheins sind ausgetreten und haben viele Häuser, Brücken und den Bahnkörper zerstört. In Frauenfeld sind einige Personen um das Leben gekommen. Der durch die Ueberschwemmungen angerichtete Schaden ist sehr bedeutend. Die Höhe des Rheins bei Basel beträgt 15½ Fuß.

Basel, 12. Juni, Nachmittags 3 Uhr. Die Höhe des Rheins betrug 18 Fuß über den Durchschnittswasserstand. Die Eisenbahnverbindung Zürichs mit der Ostschweiz ist unterbrochen. Es werden fortgesetzt Unglücksfälle gemeldet. Bei Kurzdorf sind 4 Personen ertrunken. Aus mehreren Dörfern Thurgaus wird geflüchtet.

Rom, 12. Juni. Der „Agencia Stefani" zufolge sollen die Bestimmungen der von Correnti und Rothschild unterzeichneten Additional-Convention folgendermaßen lauten: Die Oberitalienische Bahngesellschaft verringert zu Gunsten der italienischen Regierung den Ankaufspreis um 12 Millionen. Die festgesetzte Annuität wird in Paris in Wechseln oder in öffentlicher Rente zum laufenden Börsencourse gezahlt. Die Südbahngesellschaft übernimmt auf 2 Jahre den Betrieb der oberitalienischen Linien. Anheimgestellt wird der italienischen Regierung das Kündigungsrecht von sechs zu sechs Monaten. Für diesen Betrieb wird ein Nettoerträgniß von jährlichen 31 Millionen zugesichert. Von dem aus dem Betriebe sich ergebenden Ueberschüssen werden 95 Procent an den Staat, 5 Procent an die Gesellschaft vertheilt. Man versichert, die Convention werde morgen in der Kammer eingebracht.

Versailles, 12. Juni. Deputirtenkammer. Laisant interpellirt den Kriegsminister über die Ernennung zweier Offiziere, welche er illegal findet. Cissey weist die Legalität nach. Der Zwischenfall ist ohne Folgen. Laisant entwickelt den Antrag, den Militärdienst auf 3 Jahre herabzumindern und den Einjährig-Freiwilligen-Dienst abzuschaffen. Cissey ist gegen den Antrag, Gambetta ebenfalls, welcher erklärt, die Zeit hierzu sei noch nicht gekommen. Das Budget und die Rekrutirung der Unteroffiziere ließen nicht die Annahme des Antrags zu, welcher jedoch eine ernstliche Ueberlegung verdiene. Der Antrag wird mit 238 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.